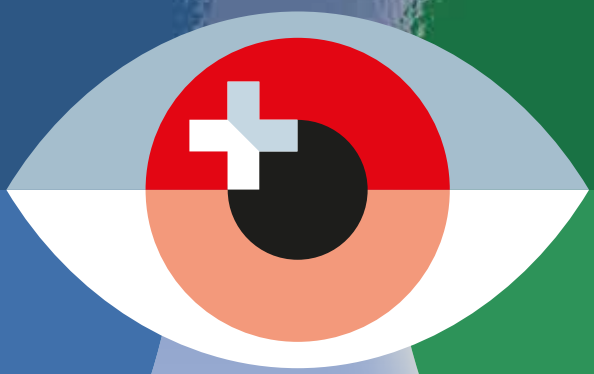
Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun Svizra

Nachrichtendienst des Bundes NDB

SICHERHEIT SCHWEIZ 2020



Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes

SICHERHEIT SCHWEIZ 2020

Lagebericht
des Nachrichtendienstes des Bundes

Inhaltsverzeichnis

Bedrohungslage im Zeichen der Pandemie 5

Der Lagebericht in Kürze 9

Strategisches Umfeld 17

Dschihadistischer und ethno-nationalistischer Terrorismus 33

Gewalttätiger Rechts- und Linksextremismus 49

Proliferation 61

Verbotener Nachrichtendienst 71

Bedrohung kritischer Infrastrukturen 81

Kennzahlen 91

Abkürzungsverzeichnis 101

Bedrohungslage im Zeichen der Pandemie

Der Kampf gegen die Corona-Pandemie stellt die Welt vor gewaltige Aufgaben. Ausgangsbeschränkungen und -sperren, Grenzkontrollen, Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur: Viele Staaten kämpfen mit zahlreichen, einschneidenden Massnahmen gegen eine weitere Ausbreitung des Virus und die Folgen der Krise. Aber auch international verändert das Virus vieles grundlegend. Es verschärft die Situation beispielsweise in Ländern, die schon durch Armut, grosse Bevölkerungszahlen oder von Kriegen gekennzeichnet sind.

Noch bleibt es aber bei ersten Versuchen, Tiefe und Dauer der Folgen von Covid-19 abzuschätzen, zumal sich die Pandemie weiterentwickelt.

Immerhin lassen sich aber erste Konsequenzen für die Sicherheit der Schweiz ableiten. Der NDB hat sich intensiv mit der Frage befasst, wie Covid-19 die Bedrohungslage beeinflusst und beeinflussen wird. Die Beschäftigung mit dieser Frage erklärt den späten Publikationstermin des jährlichen Lageberichts des NDB. Wie „Sicherheit Schweiz 2020“ zeigt, sieht der NDB Covid-19 nicht als „game changer“, aber als einen relevanten Treiber, der bereits laufende Tendenzen im internationalen System verstärkt und wahrscheinlich auch beschleunigt. Für die Schweiz heisst dies vor allem, dass der laufende Wandel des strategischen Umfelds anhalten und sich wohl beschleunigen wird. Ein Wandel übrigens, der länger dauern und so die Bildung einer neuen, stabileren „Weltordnung“ auf unbestimmte Zeit verzögern könnte.

Die aktuelle nachrichtendienstliche Beurteilung der Bedrohungslage findet sich auf einen Blick zusammengefasst im Lageradar des NDB. Der Radar präsentiert sich mit dieser Ausgabe in einem neuen Design, das seine Übersichtlichkeit und Lesbarkeit verbessert.

Das abschliessende Kennzahlenkapitel liefert in Form eines kurzen Geschäftsberichts wichtige Informationen und Daten zu den Leistungen des NDB, unter anderem zu den genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen.

Ich hoffe, Sie finden wie ich auf den folgenden Seiten eine spannende Lektüre und wünsche Ihnen gute Gesundheit.

Viola Amherd, Bundesrätin
Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS

Der Lageebericht in Kürze

Die sicherheitspolitischen Organe stehen seit Längerem vor komplexen Herausforderungen. Der Lageradar des NDB bietet ihnen Orientierung und stellt für die interessierte Öffentlichkeit die aus nachrichtendienstlicher Sicht zentralen Themen dar. Das zentrale Thema allgemein ist derzeit fraglos die Covid-19-Pandemie. Die Frage nach deren sicherheitspolitischen Auswirkungen lässt sich noch nicht detailliert beantworten, aber die bisherigen Feststellungen des NDB lassen sich zur Aussage verallgemeinern, dass die Pandemie bereits laufende Tendenzen im internationalen System verstärkt und wahrscheinlich noch beschleunigt.

- Die Covid-19-Pandemie hat weitere Hinweise auf das Ende einer Weltordnung geliefert, die stark von den USA, ihrem Allianzensystem und massgeblich amerikanisch beeinflussten Institutionen geprägt war. Das Ende des Kalten Kriegs bedeutete das Ende der Bipolarität im internationalen sicherheitspolitischen System. Die darauffolgende Phase der Unipolarität, gekennzeichnet durch klare amerikanische Dominanz, ist nun auch zu Ende. Der derzeit beobachtbare Wandel in der internationalen Sicherheitspolitik wird anhalten. Es ist fraglich, ob sich in absehbarer Zeit wieder eine stabile Ordnung herausbilden wird. Möglich wäre allenfalls eine neue bipolare Ordnung zwischen den USA und China, die aber derzeit noch nicht klar ersichtlich ist. Noch ungewisser ist eine Entwicklung hin zu einem multipolaren System.

- Die internationale Sicherheitspolitik ist heute vom Ringen verschiedener Akteure um Einflusssphären geprägt. Die Rivalität zwischen den USA und China, Russlands Streben, seine Einflusszone in Europa zu festigen, aber auch diverse Konflikte und Krisen an den Grenzen zu Europa prägen das strategische Umfeld der Schweiz. Die USA werden zwar über 2020 hinaus die Weltmacht mit dem grössten Einfluss bleiben. In der Logik des strategischen Schwenks nach Asien verlieren aber die transatlantischen Beziehungen und die amerikanische Präsenz im Nahen und Mittleren Osten künftig weiter an Bedeutung. Amerikas geopolitische Herausforderer versuchen, davon zu profitieren und in entstehenden Lücken ihre Macht zur Umsetzung eigener Interessen zu entfalten.

- Die USA sehen China zunehmend als Rivalen. China sieht sich selber als aufsteigende und den USA ebenbürtige Grossmacht. Die Kluft zwischen dem vom Westen geprägten liberalen Modell und dem autoritären Staatskapitalismus wird weiter wachsen. Es mehren sich die Hinweise, dass das internationale System

mehr und mehr vom strategischen Wettbewerb zwischen den USA und China geprägt werden könnte – bis hin zur Errichtung exklusiver strategischer Einflusszonen. Dies hat vielerlei Auswirkungen zum Beispiel auf die Technologieentwicklung allgemein oder im Bereich der Proliferationsrisiken: Es könnten zwei Normenräume entstehen. Die Schweiz könnte künftig gezwungen sein, sich auf einen dieser Räume zu beschränken.

- Russland verfolgt weiterhin das Ziel, auf Augenhöhe mit den USA im Rahmen einer multipolaren Weltordnung zu agieren und darin eine eigene Einflusssphäre zu etablieren und zu festigen. Seine Politik zeitigt Erfolge, strebt aber nach mehr. Die Ukraine bleibt im Zentrum der russischen strategischen Interessen, ebenso wie Belarus nach den Protesten im Nachgang der Präsidentschaftswahl vom 9. August 2020. Dort warnt der Kreml die USA und die EU klar vor jeglicher Einmischung. Aber auch das Schwarze Meer und das Mittelmeer sind Schauplätze der strategischen Rivalität mit anderen Akteuren. Russland setzt auch militärische Mittel ein, um seine Ziele zu erreichen.

- Spionage ist ein Ausdruck der oben beschriebenen Spannungen. Staaten brauchen Spionage als ein Instrument, um in Machtkämpfen eine vorteilhafte oder gar dominante Stellung gegenüber politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Rivalen zu erlangen oder zu festigen. Solche Spannungen widerspiegeln sich auch in Spionageaktivitäten fremder Staaten auf Schweizer Boden, was dem Bild der Schweiz als Gaststaat für die internationale Diplomatie schadet. Zudem werden Schweizer Interessen direkt bedroht, wenn ausländische Spionageakteure zum Beispiel den Schweizer Finanz- und Handelsplatz, innovative Unternehmen und politische Institutionen ins Visier nehmen, um Wettbewerbsvorteile und Einflussmöglichkeiten für sich zu gewinnen. Gewisse Staaten nutzen auch Spionage als Instrument gegen ihre Staatsangehörigen, um die eigene Macht zu konsolidieren, und können Oppositionelle im Ausland, auch in der Schweiz, überwachen und einschüchtern.

- Spionage, ja die internationalen Machtkämpfe insgesamt finden auch im Cyberraum statt. Dabei sind die kritischen Infrastrukturen der Schweiz bisher nie direkt Opfer von Sabotageaktionen mit staatlichem Hintergrund geworden. Aber es ist

festzustellen, dass bei solchen Angriffen auch Geschäftspartner und Zulieferer ins Visier geraten und deren Schädigung zumindest in Kauf genommen wird, Schweizer Interessen also Opfer der Konfliktaustragung im Cyberraum werden können.

- Trotz Wirtschaftseinbruch übt Iran weiterhin Einfluss im Nahen und Mittleren Osten aus, sieht sich aber auch mit Protesten konfrontiert. Iran wird weiterhin versuchen, dem Sanktionsdruck namentlich der USA mit Gegendruck zu begegnen. Neben einem weiteren graduellen Ausbau seiner nuklearen Aktivitäten ist dabei an begrenzte militärische Operationen zu denken, wobei mit einem anhaltenden Risiko von militärischen Reaktionen der USA oder ihrer Partner zu rechnen ist. Beide Seiten dürften jedoch weiterhin bemüht bleiben, eine massiv eskalierende militärische Konfrontation zu vermeiden.

- Trotz innenpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird die Türkei unter Präsident Erdogan ihr Regionalmachtstreben nicht aufgeben. Vor dem Hintergrund ihrer Bedrohungswahrnehmung zwingt die Etablierung einer Sicherheitszone in Nordsyrien die Türkei zu einer stärkeren Bindung an Russland und erhöht damit die Reibungsfläche mit ihren traditionellen Partnern. Dazu trägt auch die türkische Interessenverfolgung im Mittelmeerraum bei. Trotzdem wird die Türkei ihre Beziehungen zu ihren Nato-Partnern und zur EU nicht grundsätzlich aufgeben.

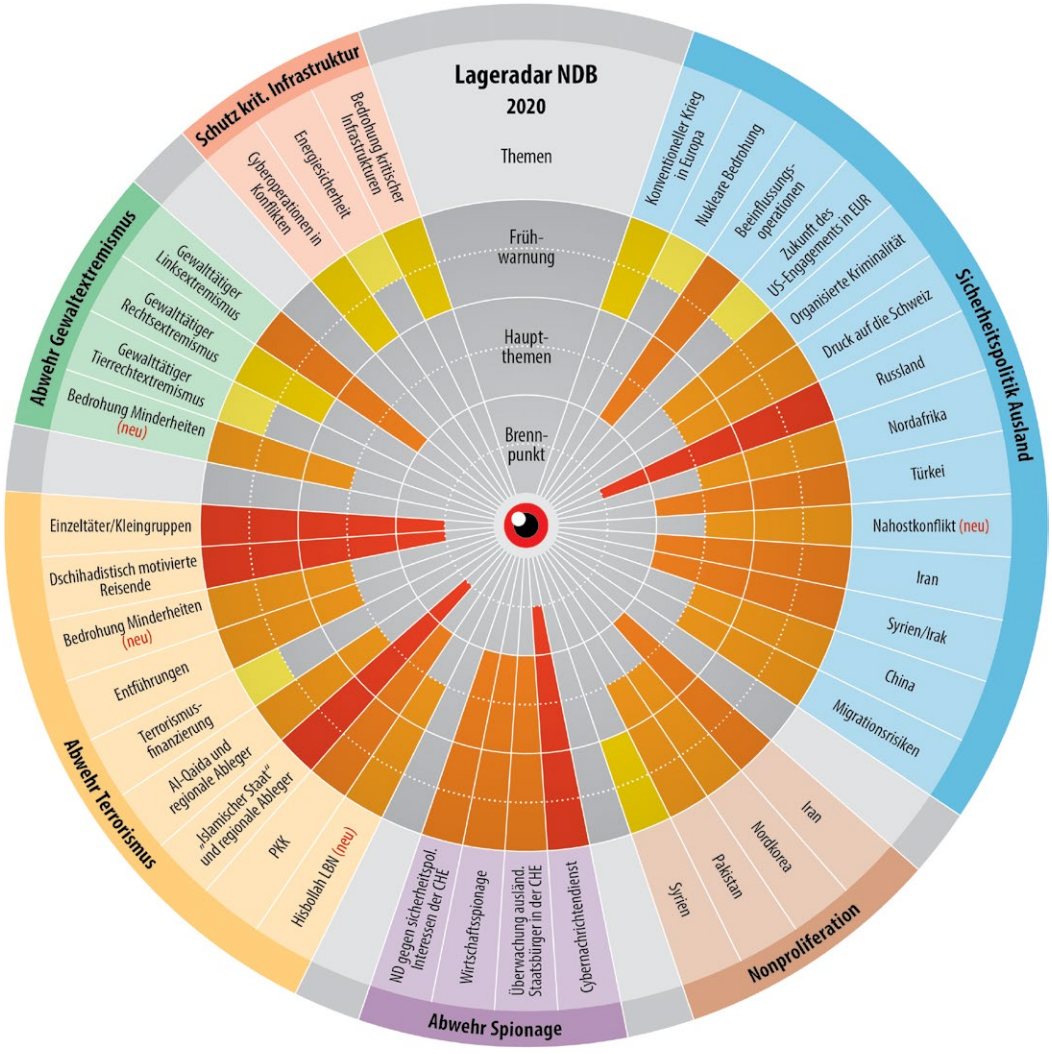
- Zu den Profiteuren der machtpolitischen Auseinandersetzungen könnte der dschihadistische Terrorismus zählen. Weiterhin ist hier der „Islamische Staat“ tonangebend. Die Terrorbedrohung in der Schweiz bleibt erhöht. Weitere Anschläge in Europa sind wahrscheinlich – in erster Linie solche, die vom „Islamischen Staat“ inspiriert werden. Die Schweiz gehört zwar zu den in den Augen der Dschihadisten legitimen Anschlagszielen, steht dabei aber nicht im Vordergrund.

- Das Gewaltpotenzial sowohl der linksextremen wie rechtsextremen Szene bleibt bestehen. In der linksextremen Szene bleiben intensivere Formen der Gewaltausübung wie Brandstiftung vor allem auf Objekte beschränkt, die im Zusammenhang mit der vermeintlichen Repression gesehen werden. Bei Demonstrationen ist eine breitere Beteiligung an Gewalttaten und hohe oder gar zunehmende Aggressivität erkennbar. Insbesondere die linksextreme Szene versucht, die Führung in neu entstehenden breiteren Bewegungen wie jüngst bei den Black-Lives-Mat-

ter-Demonstrationen an sich zu ziehen und diese für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Sie scheitert dabei an der Gegenwehr der Protagonisten solcher Bewegungen, denen es um ihre Sache und nicht um Kommunismus oder Anarchismus geht. Mitglieder der rechtsextremen Szene setzen Gewalt derzeit zurückhaltend ein. Wichtig im Zusammenhang mit der Einschätzung des rechtsextremen Gewaltpotenzials bleibt aber der Hinweis auf das Training von Kampfsportarten und auf die Verfügbarkeit funktionstüchtiger Waffen. Das grösste Risiko für einen rechtsextrem motivierten Anschlag in der Schweiz geht von allein handelnden Personen mit rechtsextremer Gesinnung, aber ohne feste Zugehörigkeit zu etablierten gewaltextremistischen Gruppierungen aus.

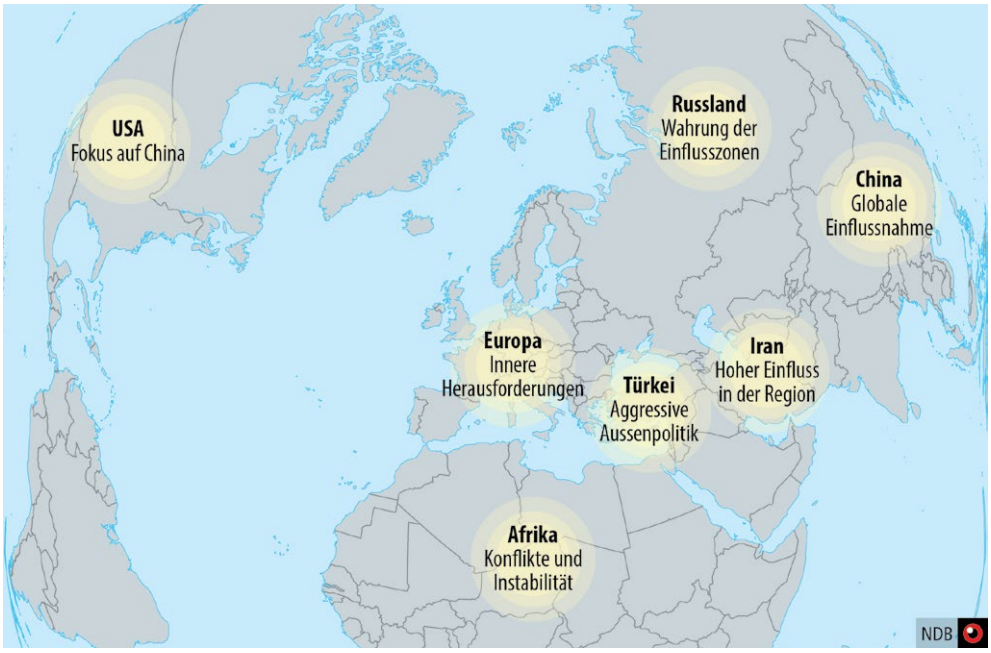
Instrument Lageradar

Der NDB benützt für die Darstellung der für die Schweiz relevanten Bedrohungen das Instrument Lageradar. In einer vereinfachten Version ohne vertrauliche Daten ist der Lageradar auch Bestandteil des vorliegenden Berichts. Diese öffentliche Version führt die Bedrohungen auf, die im Arbeitsgebiet des NDB liegen, ergänzt mit den sicherheitspolitisch ebenfalls relevanten Themen „Migrationsrisiken“ und „organisierte Kriminalität“. Auf diese beiden Themen wird im Bericht nicht eingegangen, sondern auf die Berichterstattung der zuständigen Bundesbehörden verwiesen.



Strategisches Umfeld

Was sieht der NDB?



Schweiz: Ein sich verschlechterndes Sicherheitsumfeld

Die bisherigen Feststellungen des NDB zu den sicherheitspolitischen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie lassen sich zur Aussage verallgemeinern, dass diese bereits laufende Tendenzen im internationalen System verstärkt und wahrscheinlich noch beschleunigt. So hat die Pandemie weitere Hinweise auf das Ende einer Weltordnung geliefert, die stark von den USA, ihrem Allianzensystem und massgeblich amerikanisch beeinflussten Institutionen geprägt war. Das Ende des Kalten Kriegs bedeutete das Ende der Bipolarität im internationalen sicherheitspolitischen System. Die darauffolgende Phase der Unipolarität, gekennzeichnet durch klare amerikanische Dominanz, ist nun auch zu Ende. Der derzeit beobachtbare Wandel in der internationalen Sicherheitspolitik wird anhalten. Es ist fraglich, ob sich in absehbarer Zeit wieder eine stabile Ordnung herausbilden wird. Möglich wäre allenfalls eine neue bipolare Ordnung zwischen den USA und China, die aber derzeit noch nicht klar ersichtlich ist. Noch ungewisser ist eine Entwicklung hin zu einem multipolaren System.

Eine Reihe bereits identifizierter Tendenzen der internationalen Politik wird infolge der Pandemie verstärkt und wahrscheinlich noch beschleunigt. Sicherheitspolitisch besonders relevant sind für die Schweiz die Schwierigkeiten der internationalen Kooperation, deren Kehrseite die Renaissance der Machtpolitik und die

Zunahme nationaler Alleingänge darstellen. Ebenso relevant sind die wachsenden inneren Herausforderungen für die EU und die Nato. Die sicherheitspolitische Integration Europas und die transatlantische Solidarität könnten ihren Höhepunkt überschritten haben.

Das wirtschaftliche und machtpolitische Ringen zwischen den USA und China sowie Russlands Streben, seine Einflusszone in Europa zu festigen, prägen das strategische Umfeld der Schweiz. Globale Auswirkungen hat auch die Konfrontation zwischen den USA und Iran. Dazu kommen die von Terrorismus und Instabilität an der europäischen Peripherie herrührenden Bedrohungen. In Syrien und Libyen ist kein Ende der bewaffneten Konflikte absehbar. Die beiden Länder bleiben potenzielle Quellen und Transitländer umfangreicher Migration. Neue Krisenlagen und die Destabilisierung in Afrika südlich der Sahara sowie das aggressiv nationalistische Auftreten der Türkei können Auswirkungen auf die Schweiz haben, auch hier im Bereich Migration, aber auch hinsichtlich Terrorismus und der Entwicklung des gewalttätigen Extremismus.

Im Nahen und Mittleren Osten, in Algerien, aber auch in Hongkong und Südamerika kämpften Massenbewegungen gegen politische Unterdrückung, soziale Ungleichheit und sich verschlechternde Wirtschaftsperspektiven, bis die Massnahmen gegen die Covid-19-Pandemie öffentliche Proteste verhinderten. Die Proteste wurden aber manchenorts bei Gelegenheit rasch wieder aufgenommen, andernorts ist ihre Fortsetzung wahrscheinlich oder zumindest möglich. Überall wird der Staatsmacht die Repression erschwert, weil heutige Protestbewegungen über Internet und soziale Medien kommunizieren und ohne erkennbare hierarchische Strukturen bleiben. Sie verfügen aber nicht über gemeinsame, konkrete und umsetzbare politische Programme. Falls sich diese Bewegungen durchsetzen, könnten Voraussetzungen geschaffen werden für echte positive Veränderungen in diesen Ländern und damit auch für eine Verbesserung des Sicherheitsumfelds der Schweiz. Hingegen würde eine anhaltende, weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise den Trend zu gewaltsamen politischen und sozialen Massenprotesten massiv verstärken und wahrscheinlich auch die Sicherheit im strategischen Umfeld der Schweiz verschlechtern. Als Folge der Coronakrise sind staatliche Institutionen zum Beispiel in Algerien oder im Irak gefährdet.

USA: Fokus auf China

Der strategische Wettbewerb mit China und Russland – den beiden wichtigsten geopolitischen Herausforderern der von den USA dominierten liberalen Weltordnung – steht im Zentrum der amerikanischen Sicherheitspolitik. Der Fokus liegt

dabei auf China, das in den USA aufgrund seiner wirtschaftlichen Potenz als die grösste Bedrohung wahrgenommen wird. Im Gegensatz zur Chinapolitik der Obama-Administration setzt Präsident Donald Trump verstärkt auf Konfrontation, insbesondere durch das Verhängen hoher Zölle und anderen handelspolitischen Massnahmen zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen der USA. Problematisch bleibt die ausgeprägte Neigung Trumps zu nationalen Alleingängen. Die Pandemie hat Trump in dieser Grundposition bestärkt. Der liberalen, multilateralen Weltordnung und dem westlichen Bündnissystem fügen die USA damit seit 2017 selbst starken Schaden zu.

Die USA bleiben aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke und ihren militärischen Fähigkeiten global der stärkste Einzelakteur. Sie profitieren zudem weltweit von ihrem Netzwerk Verbündeter und einer zwar abnehmenden, aber immer noch beachtlichen Soft Power. Allerdings übernehmen sie die globale Führungsrolle nur noch selektiv. Von ihren europäischen Verbündeten erwarten sie, dass diese mehr Verantwortung für die europäische Sicherheit und die Herausforderungen aus dem benachbarten Osten (Russland) und Süden (Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten) übernehmen. Zwar leisten die USA seit 2014 einen substanziellen Beitrag an die militärische Stärkung der Nato-Nordostflanke, doch zeigen die Vorgänge um eine Reduktion der in Deutschland stationierten US-Truppen auch ein problematisches Bild des gegenwärtigen Verhältnisses zwischen den Verbündeten. Auch im Nahen und Mittleren Osten unterhalten die USA weiterhin eine starke militärische Präsenz. Das Ziel der geostrategischen Neugewichtung weg von Europa und dem Nahen und Mittleren Osten hin zum indopazifischen Raum bleibt jedoch bestehen – trotz der anhaltenden Konfrontation mit Iran.

China: Strategische Rivalität, Grossmachtideologie und Repression

China setzt im neuen Jahrtausend zunehmend seinen regionalen Führungsanspruch durch und stellt die geostrategische Dominanz der USA in Frage. Zusammen mit der Modernisierung der Streitkräfte führt der Aufstieg Chinas zu einer Verschiebung des internationalen Machtgefüges. Die strategische Rivalität zwischen den USA und China wirkt sich weiterhin massgeblich auf die internationale Politik aus. Der Fokus liegt dabei neben der handelpolitischen Komponente vor allem auf dem zunehmend hart geführten Wettbewerb um die Vorherrschaft im Technologiebereich. Mit der neuen Seidenstrasse erschliesst China Märkte und investiert in Infrastrukturprojekte und den Abbau von Bodenschätzen. China beabsichtigt zunehmend, die zur neuen Seidenstrasse gehörige Infrastruktur wie Häfen, Verkehrswege und -träger, Minen und Staudämme selbst zu kontrollieren. Es gehört bereits heute weltweit zu

den wichtigsten Handelspartnern und schafft durch seine Wirtschaftskraft Abhängigkeiten und geopolitische Fakten – auch in westlichen Ländern. Wirtschaftswachstum, Grossmachtideologie und Repression garantieren der Kommunistischen Partei Chinas bislang den Machterhalt.

China erschliesst und verbindet mit der neuen Seidenstrasse (Belt and Road Initiative) Märkte. Zunehmend beabsichtigt es, dazugehörige Infrastruktur selbst zu kontrollieren.

Russland: Grosse Linien der Sicherheitspolitik bleiben stabil

Der Kern der russischen Führung ist personell und in seiner Weltanschauung sehr stabil. Diese Führung kontrolliert zudem weite Teile der Wirtschaft, deren Geldfluss wenn immer möglich dafür eingesetzt wird, die Resilienz des Systems zu stärken und Schockwirkungen aus dem Ausland wie internationale Finanzkrisen, Ölpreisschwankungen oder Sanktionsmassnahmen abzufedern. In den zentralen Organen dominieren die aussenpolitischen Falken und damit die Machtpolitik. Wie in der Vergangenheit haben die grossen Linien der russischen Sicherheitspolitik der bisherigen äusseren Schockwirkung durch die Covid-19-Pandemie widerstanden.

Die Ukraine bleibt der für Russland mit Abstand wichtigste strategische Raum. Hier wird Russland seinen Einfluss unverändert geltend machen wollen. Ähnlich wichtig ist es Russland, seinen Einfluss in Belarus und in Moldova zu gewährleisten. Russland verstärkt seine Machtposition in Osteuropa unter anderem über den Bau des Gaspipelinesystems Nord Stream, mit dem der Transit russischen Erdgases nach Europa unabhängig von osteuropäischen Landleitungen erfolgt. Russland baut auch seine militärischen Fähigkeiten aus und demonstriert diese in grossangelegten Militärübungen mit internationaler Beteiligung.

Russland ist es mit dieser Strategie gelungen, die Osterweiterung von Nato und EU wohl grösstenteils zum Stillstand zu bringen. Es hat damit und insbesondere mit der Krimannexion indessen auch bewirkt, dass die Nato und ihre Mitgliedstaaten die Verteidigungsanstrengungen substanziell erhöhen.

Ukraine: Aufbruchstimmung der Jugend, Beharrungswillen der Oligarchen

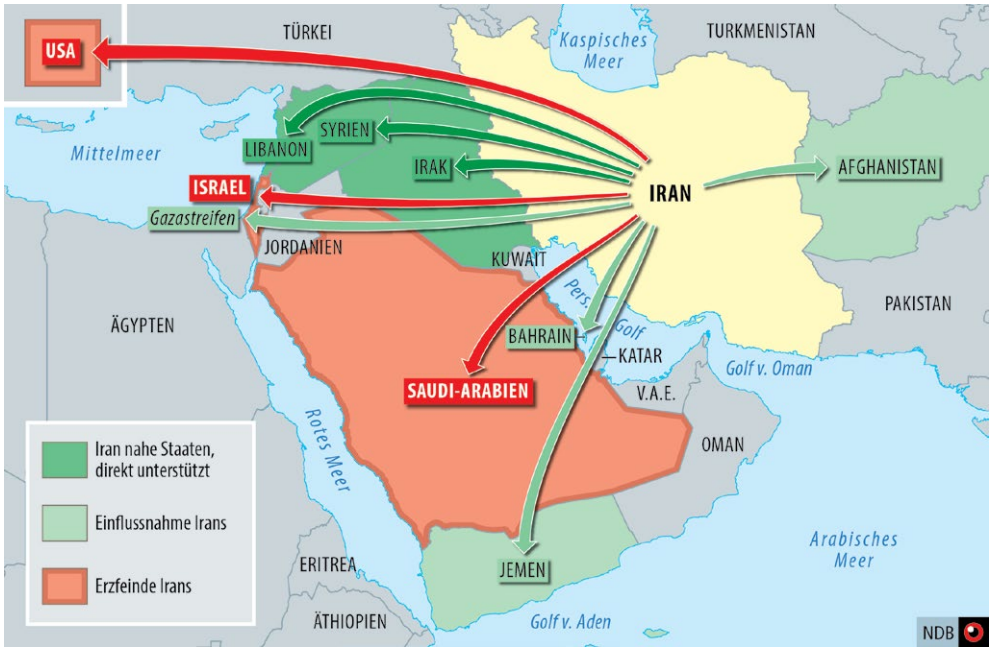
Nach der Wahl von Präsident Selenski im Mai 2019 und dem Sieg seiner neugegründeten Partei in der Parlamentswahl im Juli 2019 herrschte in der Ukraine Aufbruchstimmung. Trotz Popularitätsrückgang sind Selenski und sein Team weiterhin Hoffnungsträger sowohl für viele Ukrainer als auch für den Westen. Seine von jungen Menschen getragene Bewegung will die wirtschaftliche und politische Stagnation in der Ukraine überwinden und den Krieg in der Ostukraine beenden. Der junge und politisch unerfahrene Präsident strebt nach schnellen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Seine Reformbemühungen treffen jedoch auf den Widerstand des herrschenden Systems, vor allem im weitverzweigten Sicherheitsapparat, aber auch in der Wirtschaft. Die Wirtschaft wird von Oligarchen kontrolliert, die mit eigenen Parteien und teilweise engen Beziehungen zu Russland die politischen Strukturen der Ukraine weitgehend beherrschen. Davon profitieren sie wiederum geschäftlich

über Staatsaufträge. Selenski selbst verdankt seinen raschen Aufstieg der Förderung des derzeit mächtigsten Oligarchen, Igor Kolomojski. Dieser ist dafür bekannt, seine geschäftlichen Interessen aggressiv durchzusetzen; Kolomojski ist eine Belastung im Verhältnis westlicher Geldgeber zur Ukraine. Darüber hinaus sieht sich Selenski auch der Opposition einer Bewegung von nationalistischen und neofaschistischen Kräften gegenüber, die der Krieg gestärkt hat und die politisch gut vernetzt sind. Ein Grossteil verfügt über paramilitärische Strukturen.

Iran: Trotz Wirtschaftseinbruch weiterhin hoher Einfluss in der Region

Das Sanktionsregime der USA erzeugt schwere Schäden in der iranischen Wirtschaft. Rund ein Drittel der iranischen Wirtschaftsleistung beruhte vor der Intensivierung der Sanktionen im Jahr 2018 auf dem Erdölexport; mit dem Ölpreiszerfall verstärkt sich die Wirkung der Sanktionen ebenso wie die hohe Betroffenheit des Landes von der Covid-19-Pandemie. Besonders kritisch sind die Importschwierigkeiten wegen des faktischen Ausschlusses aus dem internationalen Zahlungsverkehr. Ein Kollaps der iranischen Wirtschaft zeichnet sich dennoch nicht ab. Das iranische Regime weist trotz sporadisch landesweiten sozialen und politischen Protesten eine hohe Überlebensfähigkeit auf.

Einfluss Irans in der Region



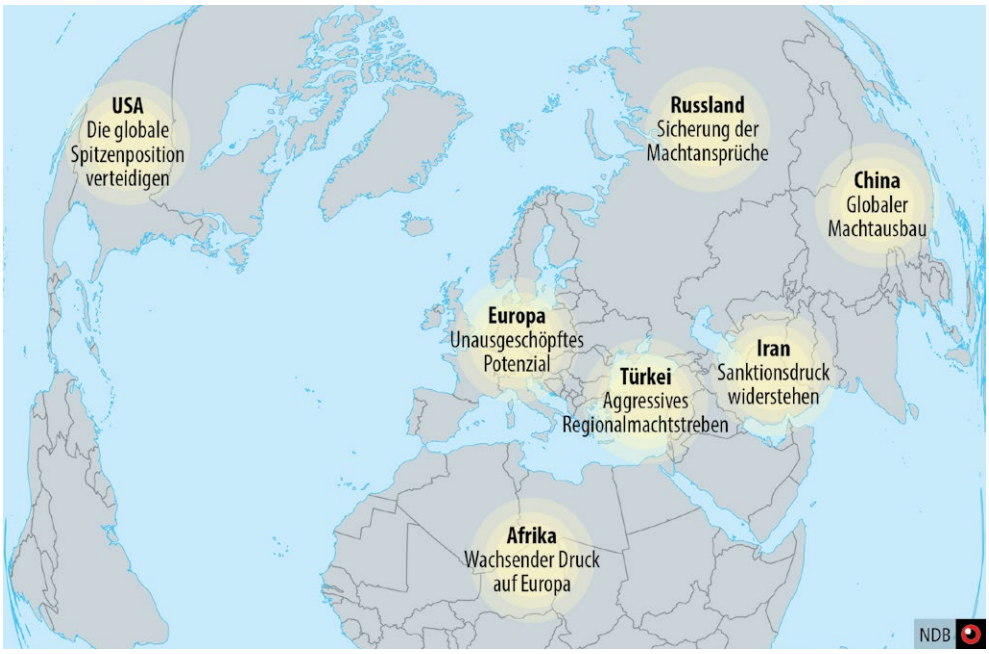
Der Einfluss Irans in der Region – insbesondere im Irak, Libanon, in Syrien und im Jemen – ist weiterhin hoch, obwohl seine finanziellen Ressourcen geringer geworden sind. Die jahrelangen politischen und militärischen Investitionen in den Aufbau ihm loyaler Gruppen zeigen zum Teil Wirkung. Das iranische Regime und insbesondere Revolutionsführer Khamenei und die Revolutionsgarden verfügen in der Region über gut organisierte, militärisch ausgerüstete und kampferfahrene Anhänger. Allerdings sieht sich Iran auch vermehrt mit Widerstand und Protest konfrontiert, namentlich im Irak.

Türkei: Präsident verliert trotz aggressiver Aussenpolitik an Unterstützung

Präsident Erdogan kann trotz seiner Machtfülle die schlechte Wirtschaftslage nicht verbessern. Seine regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) ist seit der Niederlage in den wichtigsten Städten in den Lokalwahlen vom März und Juni 2019 geschwächt. Trotz den in der Türkei populären militärischen Interventionen in Nordsyrien und im Nordirak verliert sie weiter an Unterstützung in der Bevölkerung. Abtrünnige AKP-Mitbegründer erhalten Zulauf, wodurch die Risse in der AKP vertieft werden. Die Opposition ist aber gespalten und stellt derzeit keine ernsthafte Alternative dar.

Die Türkei bemüht sich um die Ansiedlung syrischer Flüchtlinge arabischer Ethnie in ihrer Sicherheitszone in Nordsyrien. Damit könnte sie einen demografischen Keil in die von den Kurden als autonom beanspruchten Regionen treiben. In Zyperns Wirtschaftszone im östlichen Mittelmeer setzt die Türkei trotz Protesten der USA und symbolischen Sanktionen der EU die Suche nach Erdgas fort. Zudem setzt sie sich mit dem Memorandum über die Neuziehung der Seegrenzen mit der Regierung Sarraj in Libyen über internationales Seerecht hinweg. Erdogan droht weiterhin, die mehr als drei Millionen syrischen Flüchtlinge Richtung Europa ziehen zu lassen, falls die EU seine Aussenpolitik verschärft kritisiert.

Was erwartet der NDB?



Europa: Das unausgeschöpfte Potenzial eines globalen Akteurs

Für eine politische Würdigung der langfristigen Auswirkungen der Pandemie auf die EU ist es zu früh. Klar ist, dass die wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Herausforderungen für die Union enorm sein werden. Mutmasslich werden die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie auf die Investitionen in militärische Sicherheit und Verteidigung durchschlagen. Die Pandemie wird die strategischen Ambitionen der EU und ihr Streben nach verteidigungspolitischer Autonomie für die kommenden Jahre bremsen. Die unmittelbarsten Herausforderungen stellen sich im Umgang mit den USA und an der östlichen Peripherie in Form der Ausbildung einer russischen Einflusssphäre. An der südlichen Peripherie wächst der Druck auf die Aussengrenze.

USA: Weltmacht Nummer 1 bleiben und Chinas Aufstieg begrenzen

Für die USA geht es in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor allem darum, den Aufstieg Chinas zur Weltmacht zu begrenzen und möglichst lange die Weltmacht Nummer 1 zu bleiben. Dies wird weiterhin hohe Investitionen in die Erhaltung überlegener militärischer Fähigkeiten verlangen, was die Cyberkriegsführung einschliesst. Zur Erhaltung ihrer wirtschaftlichen und militärischen Stärke werden die USA in der ganzen Bandbreite der technologischen Entwicklung weiterhin grosse

Innovationsleistungen erbringen müssen, so insbesondere in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Kommunikationstechnologie, Quantencomputer und Biotechnologie/Bioengineering.

Die transatlantischen Beziehungen und die amerikanische Präsenz im Nahen und Mittleren Osten verlieren in der Logik des strategischen Schwenks nach Asien längerfristig an Bedeutung. Die Unsicherheit über den Verbleib einer prägenden amerikanischen Rolle insbesondere in der Nato und im Nahen und Mittleren Osten ermöglicht es anderen Akteuren, eine grössere Rolle zu spielen. Je nach Ausgang der Präsidentschaftswahl werden die Zweifel an der Bündnistreue der USA zu den Nato-Partnern bestehen bleiben oder besänftigt werden – an den grundlegenden Tendenzen wird die Wahl aber wenig ändern. Die Lastenverteilungsdebatte dürfte sich fortsetzen, insbesondere wenn die Investitionen europäischer Staaten in die militärische Sicherheit und Verteidigung – unter anderem bedingt durch die Pandemie – zurückgefahren werden.

2020 und darüber hinaus bleiben die USA jedoch vorderhand die Weltmacht mit dem grössten Einfluss. Ihre Militärmacht und ihr weitverzweigtes Netzwerk von Allianzen bleiben vorerst unerreicht. Allerdings ist die Kohäsion unter den westlichen Staaten heute bedeutend schwächer als im Kalten Krieg oder im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Neben der heftigen Kritik Präsident Trumps an den Bündnispartnern sorgen auch Präsident Erdogans Politik und Präsident Macrons Ideen zur europäischen Sicherheit für Spannungen im transatlantischen Verhältnis.

China: Anspruch auf globale Führungsrolle

Für China könnte die überschuldete Wirtschaft und das schon vor der Pandemie verlangsamte Wachstum zu einer Herausforderung für den Machterhalt der Kommunistischen Partei werden. Die Auswirkungen der Pandemie gefährden die strategische Planung auf verschiedenen Ebenen. Trotz diesen Schwierigkeiten bleibt China die aufsteigende globale Macht. China beansprucht durch sein gestiegenes globales Engagement zunehmend eine globale Führungsrolle, schultert aber bislang nicht die damit einhergehende Verantwortung. Der Umgang Chinas mit dem neuartigen Coronavirus und der Covid-19-Pandemie hat jüngst viel Anschauungsmaterial für diese Beschreibung geliefert und dem internationalen Image Chinas geschadet. Die Kluft zwischen dem vom Westen geprägten liberalen Modell und dem autoritären Staatskapitalismus Chinas wird weiterwachsen. Nachrichten über Propaganda, Desinformation und Zensur sowie die rigorose Unterdrückung von Regimegegnern in Hongkong oder ethnischen Minderheiten in Tibet und Xinjiang prägen die glo-

bal wachsende Wahrnehmung der Bedrohung durch China. Die Intensität der politischen, elektronischen, militärischen und nachrichtendienstlichen Aktivitäten Chinas wird weiter zunehmen.

Russland: Sicherung der Machtansprüche auch mit militärischen Mitteln

Mit konsequenter Machtpolitik verfolgt Russland das Ziel, die von den USA dominierte Weltordnung, die sich nach dem Ende des Kalten Kriegs herausgebildet hatte, abzulösen und sich als einen wichtigen Pol in einer multipolaren Ordnung zu etablieren. Die sicherheitspolitisch grössten Herausforderungen verortet die russische Führung an ihrer Westflanke, in Osteuropa: Sollte Russland in die Lage kommen, den Verlust seines Einflusses auf die Ukraine, Belarus oder Moldova zu befürchten, wird es die westlichen Staaten wahrscheinlich mit einer umfassenden Verschärfung der Spannungen konfrontieren.

Auch das Schwarze Meer und das Mittelmeer sind Schauplätze der strategischen Rivalität Russlands mit westlichen Staaten. Entsprechend konsequent wird Russland seine eigenen Interessen an der Stabilisierung der Herrschaft in Syrien verfolgen und Einfluss auf die Nachkriegsordnungen in Syrien und zu gegebenem Zeitpunkt auch in Libyen nehmen. Insbesondere die russische Militärpräsenz in Syrien wirkt als Drehscheibe, um russische Macht über Syrien hinaus in die weitere Region zu projizieren. Darüber hinaus stellen die Instabilität im Nahen und Mittleren Osten und die Terrorbedrohung, die von der Region ausgeht, eine Herausforderung auch für die innere Sicherheit Russlands dar.

Iran: Sparmassnahmen, Gegendruck, Konfrontationsrisiko mit den USA

Iran wird nicht vermeiden können, weiter Subventionen abzubauen, um eine Steigerung der bereits hohen Inflationsrate zu vermeiden. Dies wird vor allem die einkommensschwachen Schichten und damit die politische Basis des Regimes treffen. Dank seinem umfassenden Sicherheitsapparat dürfte das Regime jedoch soziale oder politische Protestaktionen unter Kontrolle halten können.

Um dem Sanktionsdruck entgegenzuwirken, wird Iran weiterhin versuchen, Gegendruck auszuüben. Neben einem weiteren graduellen Ausbau seiner nuklearen Aktivitäten ist hier auch in Zukunft mit begrenzten, direkt oder indirekt von verbündeten Gruppierungen durchgeführten militärischen Aktionen zu rechnen. Auch wenn sowohl die USA als auch Iran einen militärischen Grosskonflikt weiterhin möglichst vermeiden wollen, bleibt bei einer Fortsetzung dieses Vorgehens ein erhebliches Risiko von militärischen Reaktionen der USA. Mit der Covid-19-Pandemie hat sich

Barentssee
NORWEGEN
Russische Grenze ...
vor 1721
um1725
um 1795
heute
faktische russische Militärprotektorate
SCHWEDEN
FINNLAND
von Schweden 1721 an Russland abgetretenes Gebiet
Helsinki
Stockholm
St. Petersburg (gegr. 1703)
Tallinn
Ostsee
ESTLAND
LETTLAND
Riga
RUSSLAND
Moskau
LITAUEN
Kaliningrad (RUS)
Wilna
Minsk
BELARUS
Warschau
POLEN
Weichsel
Kiew
KASACHSTAN
von 1730 bis 1795 angeeignete Gebiete
SLOWAKEI
Ostukraine
Wolga
Budapest
UNGARN
UKRAINE
Trans-nistrien
MOLDOVA
Chisinau
Dnjepr
RUMÄNIEN
Kaspisches Meer
Belgrad
Krim
Bukarest
SERBIEN
Donau
Schwarzes Meer
Abchasien
Südossetien
Pristina
KOS.
Sofia
BULGARIEN
GEORGIEN
Tbilisi
Skopje
N.-MAZ.
ASERBAIDSCHAN
ARMENIEN
Jerevan
Ankara
GRIECHENLAND
TÜRKEI
Athen
500 km
NDB

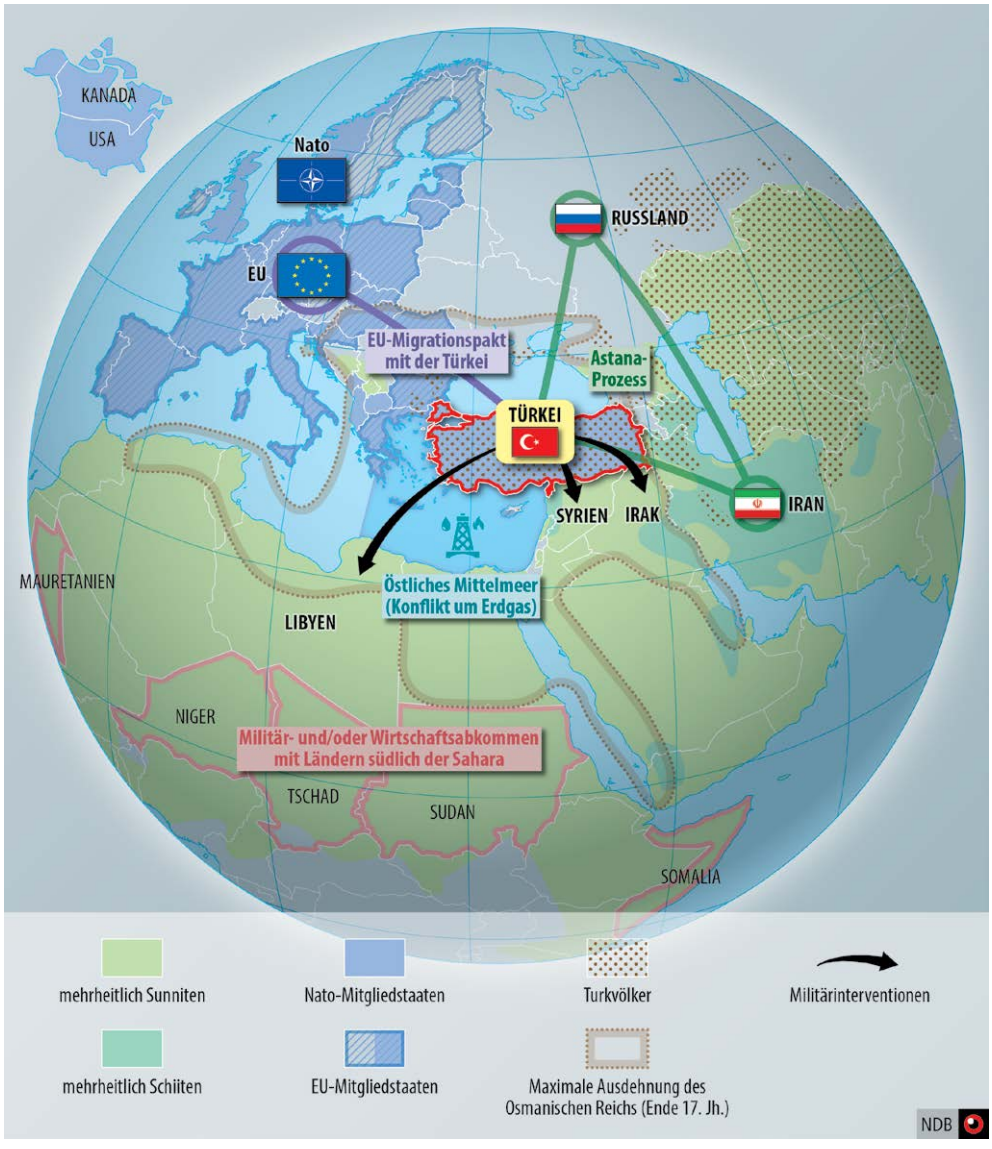
die wirtschaftliche Lage in Iran nochmals massiv verschärft. Aber auch diese Entwicklung hat die iranische Führung nicht dazu gebracht, sich pragmatisch für neue Verhandlungen mit den USA zu entscheiden. Sie setzt möglicherweise darauf, dies bald mit einem neuen Präsidenten der USA tun zu können.

Türkei: Aggressives Regionalmachtstreben

Die innenpolitischen Spannungen in der Türkei werden anhalten. Das politische Kräfteverhältnis dürfte sich weiter zuungunsten der regierenden Partei des Präsidenten verschieben. Die wirtschaftliche Situation wird fragil bleiben und dürfte sich weiter verschlechtern. Es ist jedoch nicht wahrscheinlich, dass überfällige und wirksame Strukturreformen umgesetzt werden.

Aussenpolitisch wird Präsident Erdogan die Türkei weiterhin als Akteur positionieren, der in zahlreichen Dossiers in der Region und in der Migrationspolitik Einfluss nimmt. Die im Herbst 2019 getroffene Einigung mit Russland zur Etablierung einer Sicherheitszone in Nordsyrien zwingt die Türkei zu einer stärkeren Bindung an Russland – eine Bindung, die wahrscheinlich zu wachsenden Spannungen mit der EU, den USA und der Nato führen wird. Die Türkei wird ihre traditionellen Partner und Allianzen trotz eingetrübter Stimmung und der Bindung an Russland nicht grundsätzlich aufgeben. Präsident Erdogan wird seine Beziehungen zur EU, zu den USA, Russland und den Staaten im Nahen und Mittleren Osten weiter taktisch anpassen, um die türkische Unabhängigkeit möglichst zu bewahren. Die Türkei wird in Syrien und im Irak weiter militärisch intervenieren, um so die in der eigenen Wahrnehmung wichtigste Bedrohung – den „PKK-Terrorismus“ – einzudämmen und gleichzeitig in den nächsten Jahren Millionen syrische Flüchtlinge zurückzuführen. Zudem hat sie sich als Akteur in Libyen etabliert, wo dank ihrem Eingreifen die international anerkannte Regierung von Hafiz al-Sarraj die Offensive Feldmarschall Khalifa Haftars auf Tripolis zurückschlagen konnte. Die Interessen der Türkei im Mittelmeer sind mit dieser Parteinahme verknüpft, was die Spannungen in der Region verstärkt und eine potenzielle Konfrontation mit Akteuren im anderen Lager und insbesondere mit Ägypten wahrscheinlicher werden lässt. Auch die Beziehungen mit der EU und den Nato-Partnern werden durch die türkische Politik im Mittelmeerraum zusätzlichen Belastungen ausgesetzt.

Die sogenannt neoosmanische Aussenpolitik der Türkei bedingt in Syrien eine stärkere Bindung an Russland und erhöht die Reibungsfläche mit ihren traditionellen Partnern in der Nato und der EU.



Dschihadistischer und ethno-nationalistischer Terrorismus

Was sieht der NDB?

Dschihadistischer Terrorismus bleibt im Vordergrund

Die Terrorbedrohung in der Schweiz ist seit November 2015 erhöht. Sie wird weiterhin massgeblich durch den „Islamischen Staat", seine Unterstützer und Sympathisanten geprägt. Die Bedrohung durch die al-Qaida besteht fort. Der ethno-nationalistische Terrorismus bleibt für die Bedrohungslage in der Schweiz von Bedeutung.

Islamischer Staat 2.0

Im März 2019 hat der „Islamische Staat" sein letztes Territorium in Syrien verloren; das Kalifat ist von der Landkarte verschwunden. Ende Oktober 2019 wurde der oberste Anführer, Abu Bakr al-Baghdadi, getötet, ohne dass dies nennenswerte Auswirkungen auf die operativen Fähigkeiten der Terrororganisation hatte. Weitere Kaderangehörige und Schlüsselfiguren wurden aber seither eliminiert oder verhaftet, insbesondere in Syrien. Die zentrale Führungsriege ist mittlerweile stark dezimiert, was für die Kernorganisation einen erheblichen Rückschlag darstellt.

Ein Erfolgsfaktor des „Islamischen Staats" lag seit jeher in der geschickten Nutzung des Internets. Seit November 2019, als Europol gemeinsam mit Online-Providern zum ersten Mal Hunderte dschihadistische Kanäle ausschaltete, wird die Kommunikation von Anhängern der Bewegung empfindlich gestört.

Der „Islamische Staat" ist geschwächt, sowohl als weltweite dschihadistische Bewegung als auch als Terrororganisation mit Zentrum im Nahen Osten; die weltweite Bewegung wird fortwährend fragmentiert und dezentralisiert. Die Kernorganisation in Syrien und im Irak operiert geografisch verstreut aus dem Untergrund. Ihre Zellen legen Hinterhalte oder operieren als Guerilla. Deren Bewegungsfreiheit wird durch den anhaltenden Verfolgungsdruck ihrer Gegner eingeschränkt. Kommunikation und Koordination durch eine zentrale Führung sind kaum möglich; die vormals zentrale Befehlsgewalt scheint grösstenteils auf Anführer lokaler Gruppierungen übergegangen zu sein. Die Fragmentierung widerspiegelt sich in der Propaganda des „Islamischen Staats", im Schicksal seiner Kämpfer, einschliesslich der dschihadistisch motivierten Reisenden: in den Reihen des „Islamischen Staats" in Syrien und im Irak kämpfen mittlerweile hauptsächlich Einheimische.

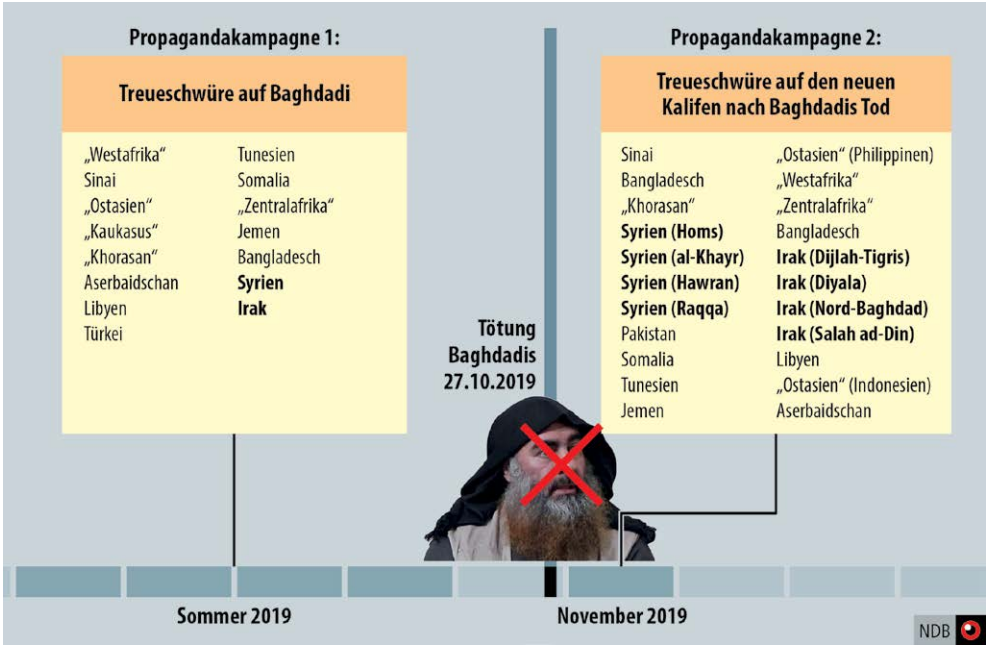
Bis 2017 verfügte der „Islamische Staat" über eine für die Planung und Durchführung externer Terroroperationen verantwortliche Organisationseinheit. Seit 2019 soll eine andere Führungsgruppe diese Aufgabe übernommen haben. Europa gehört nach wie vor zu den Anschlagszielen. Trotzdem konnte der „Islamische Staat" 2019 und 2020 keinen einzigen direkt von ihm gesteuerten Anschlag in Europa für sich reklamieren. Die Anschläge in Europa, ob erfolgt oder vereitelt, wiesen kaum je

einen direkten Bezug zur Kernorganisation auf, sondern gingen auf das Konto dschihadistisch inspirierter Einzeltäter oder Kleingruppen. Aufrufe der Propaganda des „Islamischen Staats“, die Tötung des Kalifen zu vergelten, jüdische Ziele anzugreifen oder die Coronakrise für Terroranschläge zu nutzen, blieben in westlichen Ländern bisher ohne Resonanz. Die gegenwärtige Fähigkeit der Terrororganisation, externe Operationen zu planen und durchzuführen, dürfte deshalb eingeschränkt sein. Grundsätzlich dürfte die Motivation zu solchen Angriffen aber weiter existieren.

Die Kernorganisation des „Islamischen Staats“ verfügt personell wie finanziell über bedeutende Ressourcen. Sie hat sich lange auf die absehbare Niederlage vorbereitet: Kaderangehörige und finanzielle Mittel wurden an sichere Orte gebracht. Heute ist sie in Syrien und im Irak eine zwar fragmentierte Untergrundorganisation, verfügt aber auf regionaler Ebene über intakte Strukturen. Seit dem Fall des Kalifats hat sie in Syrien und im Irak Tausende Anschläge verübt.

Trotz den genannten Einschränkungen verfügt die Kernorganisation auch über weitreichende transnationale Netzwerke. Hier spielt die Türkei als Transit- und Rückzugsgebiet eine Schlüsselrolle. Diese Feststellung wird durch die Tatsache

Der Vergleich der beiden Propagandakampagnen zeigt die fortschreitende regionale Fragmentierung des „Islamischen Staats“.



unterstrichen, dass wiederholt Exponenten des „Islamischen Staats“ in unmittelbarer Nähe zur türkischen Grenze aufgegriffen oder getötet wurden. Der türkische Innenminister bestätigte 2019 öffentlich die zunehmende Präsenz und vermehrte Aktivitäten von Dschihadisten in der Türkei. Im selben Jahr erklärte der „Islamische Staat“ die Türkei zu einer seiner Provinzen. Weitere sogenannte Provinzen und Ableger des „Islamischen Staats“ haben wesentlich an Stärke zugelegt, so etwa Gruppierungen in Westafrika. Als Beispiel für eine aufstrebende Provinz kann der Islamische Staat in der grossen Sahara genannt werden. Er hat sein Einflussgebiet auf Mali, Niger und Burkina Faso ausgedehnt und seine operativen Fähigkeiten in dieser Region 2019 verstärkt. Diese Region wird jedoch von der al-Qaida nahestehenden Gruppierungen dominiert. Die Zusammenstösse mit diesen Gruppierungen gefährden das Erstarken der Provinzen des „Islamischen Staats“. Der Islamische Staat in der grossen Sahara unterhält Verbindungen zur Provinz Westafrika des „Islamischen Staats“. Die beiden Gruppierungen bleiben voneinander aber unabhängig. Der Islamische Staat in der grossen Sahara greift hauptsächlich lokale Ziele an, aber auch internationale Sicherheitskräfte und humanitäres Personal. Zudem versucht er, westliche Ziele in der Region anzugreifen, und ist für die Entführung von Angehörigen westlicher Staaten verantwortlich.

Latente Bedrohung durch die al-Qaida

Die al-Qaida besteht aus dem Führungsgremium, der Kern-al-Qaida, und regionalen Ablegern. Die gesamte Bewegung zeigt sich trotz starkem Druck äusserst widerstandsfähig. Der al-Qaida gelang es bisher jedoch nicht, die Führungsrolle in der globalen dschihadistischen Bewegung zurückzugewinnen. Um Anschläge zu verüben, ist die geschwächte Kern-al-Qaida auf ihre Ableger angewiesen. Deren Stärken und Fähigkeiten variieren. Während die al-Qaida auf dem indischen Subkontinent in der Region Afghanistan/Pakistan/Kaschmir kaum nennenswerte Fähigkeiten besitzt, haben die al-Shabaab in Somalia oder die Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime in Mali und Burkina Faso stärkere operative Fähigkeiten und stellen in ihren Operationsgebieten auch für westliche Interessen eine Bedrohung dar. Die Anführer der regionalen Ableger bekunden fortwährend ihren Willen, Anschläge auf die erklärten internationalen Feinde zu verüben, doch ihre Gruppierungen sind kaum zu Aktionen ausserhalb ihres eigentlichen Operationsgebiets imstande. Die Ausnahme bildet einzig der Schusswaffenangriff im Dezember 2019 auf eine US-Militärbasis in Florida mit Verbindungen zur al-Qaida auf der arabischen Halbinsel im Jemen. In Syrien hat die al-Qaida keinen offiziellen

Ableger mehr. Jedoch befinden sich unter den Rebellen, die immer noch gegen das syrische Regime kämpfen, verschiedene Gruppierungen, die der al-Qaida nahestehen. In ihren Rängen kämpfen mehrere hundert ausländische al-Qaida-Anhänger aus der arabischen Welt, aus Asien sowie aus Europa. Sollten diese Gruppierungen ihr Gebiet an das syrische Regime verlieren, dürfte sich diese al-Qaida-Anhängerschaft in andere Länder zerstreuen.

Anschläge in Europa

Die Häufigkeit dschihadistisch motivierter Terroranschläge in Europa hat bis 2019 stetig abgenommen. Demgegenüber sind im ersten Halbjahr 2020 bereits mehr Gewalttaten als 2019 zu verzeichnen, wobei es sich grossmehrheitlich um von Einzeltätern mit Messern verübte Anschläge handelt. Zu diesen Terroranschlägen gehört mutmasslich auch das Tötungsdelikt in Morges VD am 12. September 2020. In der Schweiz wäre es der erste Terroranschlag seit 2011 (Swissnuclear in Olten SO) und der erste mit dschihadistischer Motivation (siehe «Sicherheit Schweiz» 2013, Seiten 36–37).

Der geringen Anzahl erfolgreicher Anschläge stehen mehrere Verhaftungen von Terrorverdächtigen in Europa gegenüber. So zum Beispiel im Dezember 2019 in Dänemark, im Januar 2020 in Frankreich und im April 2020 in Deutschland und in Spanien. Eine geringe Anzahl dschihadistisch motivierter Terroranschläge bedeutet daher nicht per se, dass die Bedrohung kleiner geworden ist, sondern verdankt sich auch der zunehmenden Effizienz der Sicherheitskräfte.

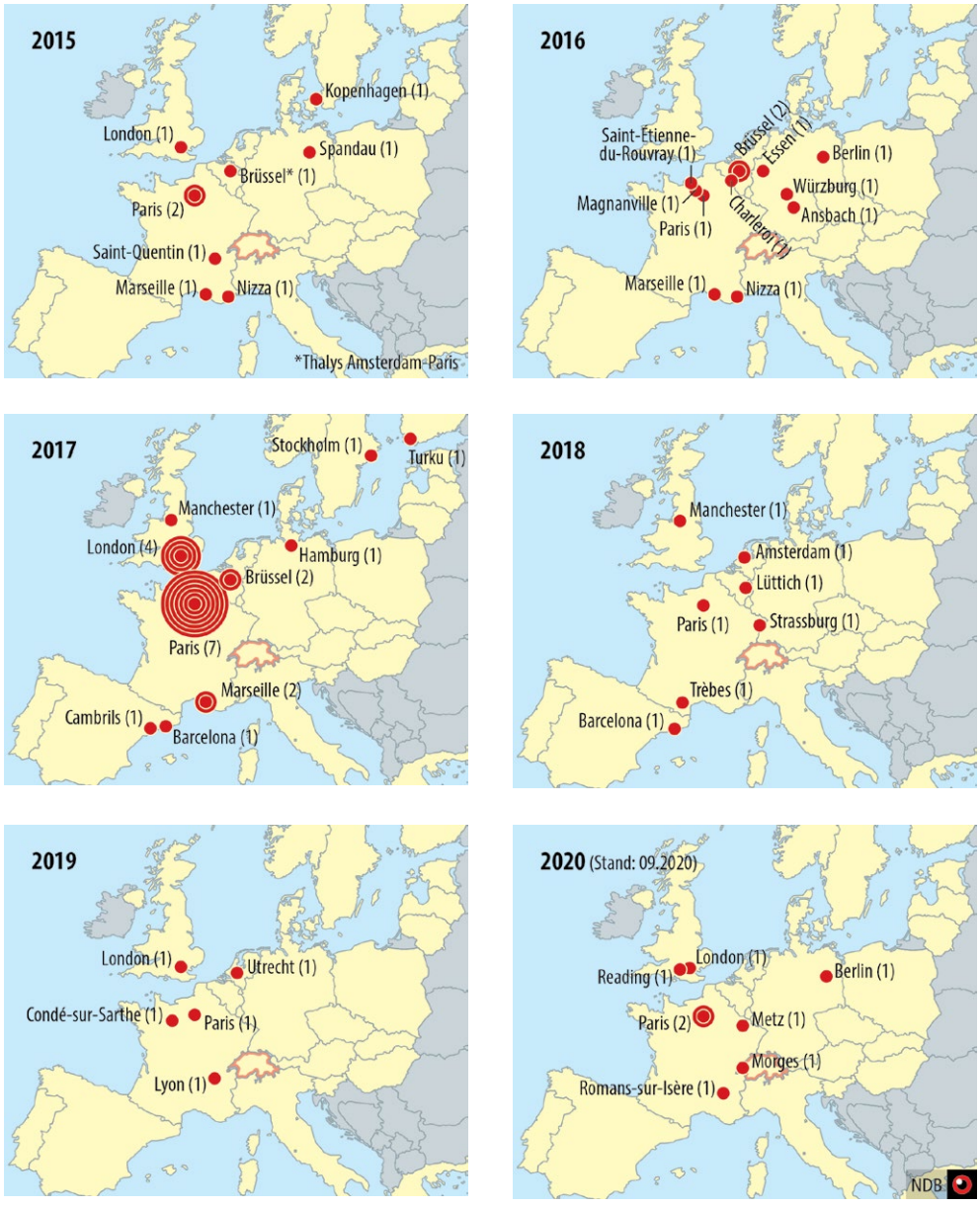
Haftentlassung radikalisierter Personen

Der Umgang mit radikalisierten Haftentlassenen beschäftigt die Behörden in Europa. Haftentlassene haben ihre Strafe zwar verbüsst, können jedoch immer noch dschihadistischem Gedankengut anhängen. Die damit verbundene Gewaltbereitschaft kann sie dazu führen, bei Gelegenheit Terrorakte zu verüben. In europäischen Gefängnissen befinden sich nach wie vor Hunderte Dschihadisten sowie Personen, die sich im Gefängnis radikalisiert haben. Auch die Schweiz ist mit einzelnen radikalisierten Haftentlassenen konfrontiert.

Bedrohung von Minderheiten im europäischen Kontext

In Europa haben in den letzten Jahren Terroranschläge auf jüdische und in jüngster Zeit auch auf muslimische Gemeinschaften gezeigt, dass Minderheiten Ziel von Terroranschlägen werden können. Die Feindseligkeit gegenüber Israel und den Juden

Dschihadistisch motivierte Terroranschläge in Europa (Schengenraum) seit 2015
(in Klammer: Anzahl der Anschläge)



bildet einen wesentlichen Teil der dschihadistischen Ideologie, auf die sich sowohl der „Islamische Staat“ als auch die al-Qaida stützt. Eine entsprechende Bedrohung geht auch von der libanesischen Hisbollah aus. Der NDB sieht in der Schweiz bislang keine markante Veränderung der Bedrohung für Minderheiten. Terroranschläge von Einzeltätern auf Minderheiten stellen indes ein realistisches Szenario dar, infrage kommen hierfür auch rechtsextrem motivierte Personen (siehe dazu Seiten 58–59).

Dschihadreisende und Rückkehrer

Die letzte dschihadistisch motivierte Ausreise aus der Schweiz wurde 2017 registriert. Ein neues Dschihadgebiet als mögliche Alternative zu Syrien beziehungsweise Irak ist derzeit nicht in Sicht. Seit 2016 sind zudem keine dschihadistisch motivierten Reisenden aus Syrien oder dem Irak in die Schweiz zurückgekehrt. Die bisher 16 aus dem Konfliktgebiet Syrien und Irak in die Schweiz zurückgekehrten Personen verhalten sich mit wenigen Ausnahmen unauffällig.

PKK

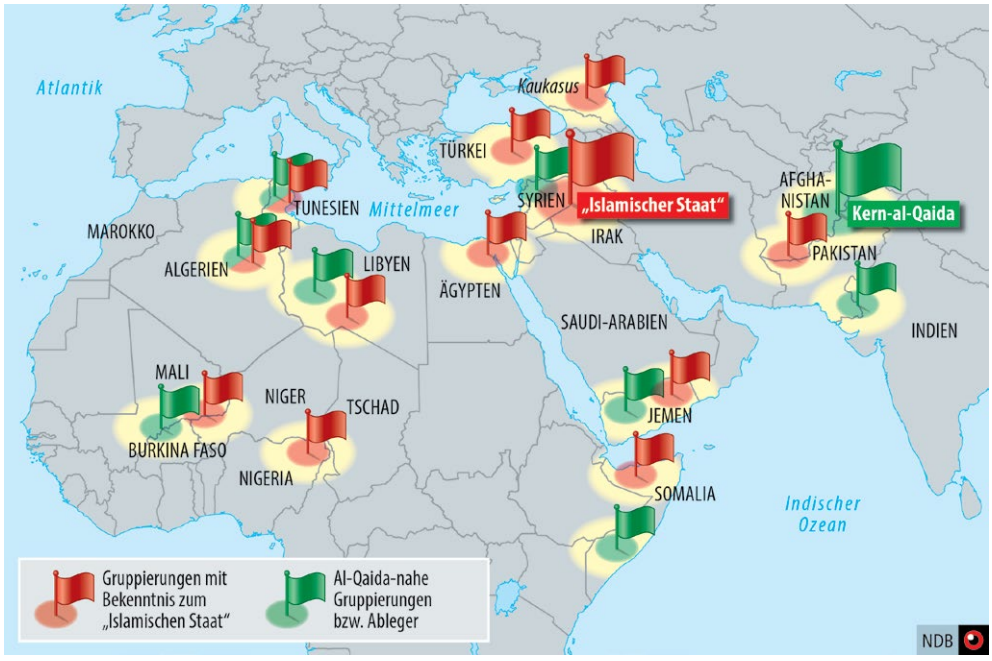
Mit der Offensive der Türkei Ende 2019 verloren die kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG, die syrische Fraktion der PKK, östlich des Euphrats einen Teil ihres faktisch selbstverwalteten Gebiets. Der Teilrückzug der USA hatte die Offensive ermöglicht; die Türkei hatte die PKK aber bereits 2018 aus Nordwestsyrien verdrängt. Auch in der Türkei und im Nordirak führt die türkische Armee anhaltend Operationen gegen die PKK durch.

In Europa verhält sich die PKK trotz angespannter Lage pragmatisch. Sie hält im Hinblick auf ihre Forderung, die PKK von der EU-Liste terroristischer Organisationen zu streichen, am Gewaltverzicht fest. Lediglich vereinzelt ist es in Europa zu Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Demonstranten und Ordnungskräften gekommen. Für Sachbeschädigungen waren in der Regel gewalttätige Linksextreme verantwortlich. Auch in der Schweiz besteht die PKK-Führung auf dem von ihr verordneten Gewaltverbot. Die PKK hat hingegen die jährliche Geldsammelkampagne und die Rekrutierung in Europa intensiviert.

Was erwartet der NDB?

Regionaler Machtzuwachs des „Islamischen Staats"

Der Verfolgungsdruck, die Auswirkungen der Pandemie und der innere Zustand der Kernorganisation des „Islamischen Staats" sind für die Lageentwicklung entscheidend. Als wahrscheinlichstes Szenario sieht der NDB, dass der „Islamische Staat" insbesondere im Irak einen deutlichen Machtzuwachs erfährt und grösseren Handlungsspielraum gewinnt, ohne jedoch Territorien zu erobern. Die Kernorganisation profitiert dabei von nachlassendem Verfolgungsdruck und den Auswirkungen der Pandemie, konzentriert sich dabei aber auf ihre regionalen Gegner, wie auch die regionalen Gruppierungen des „Islamischen Staats" wie zum Beispiel die Gruppierungen in Westafrika ihren Fokus auf regionale Agenden legen. Demzufolge geht die Bedrohung in Europa von Aktivitäten aus, die die Kernorganisation des „Islamischen Staats" nicht selbst organisiert. Vor diesem Hintergrund wäre der Status quo ein für die Welt optimistisches Szenario. Es gibt aber auch pessimistischere Szenarien, falls die Pandemie die Ordnung in Gebieten mit hoher Präsenz des „Islamischen Staats" schwächt und Verarmung und soziale Spannungen die Menschen in die Arme der Terrororganisation treiben oder sich gefangene Kämpfer in Scharen der Internierung entziehen können. Ein solcher Gewinn an Spielraum könnte auch dazu führen, dass die Organisation im Irak oder andere regionale Gruppierungen

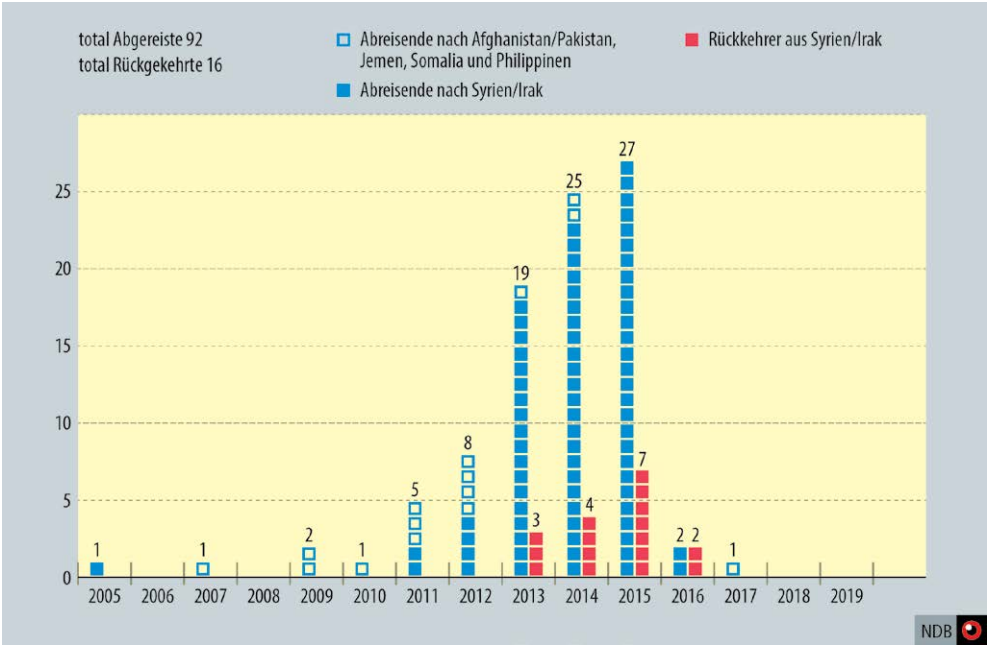


des „Islamischen Staats“ wichtige Fähigkeiten für externe Operationen wiedererlangen. Schliesslich könnten vereinzelte medienwirksame Terroranschläge weltweit zu Nachahmungstaten inspirieren.

Bedrohung durch Dschihadrückkehrer

Die Frage, ob, wie und wann dschihadistisch motivierte Reisende aus Syrien in die Schweiz zurückkehren, bleibt von der Lageentwicklung vor Ort sowie der Rückführungspolitik und den Agenden anderer Staaten und politischer Akteure abhängig. Da sich nur wenige dschihadistisch motivierte Reisende mit Schweizer Nationalität in Syrien aufhalten, wird die Schweiz nur mit einer kleinen Anzahl von Rückkehrern konfrontiert werden. Die Deradikalisierung beziehungsweise die Reintegration in die Schweizer Gesellschaft könnte langwierig, in Einzelfällen sogar aussichtslos sein. Sie könnten der dschihadistischen Ideologie treu bleiben, ihr Umfeld radikalisieren und Terroranschläge planen, organisieren oder verüben. Zudem dürften einige Rückkehrer Kampferfahrung gesammelt und spezifische Fähigkeiten erworben haben, die sie zu Terroraktivitäten nutzen könnten. Nicht zu vernachlässigen ist das langfristige Risiko, dass aus dem Dschihad zurückgekehrte Personen sich

Dschihadistisch motivierte Reisende



über Staatsgrenzen hinwegbewegen und vernetzen können. Schweizer Sicherheitsinteressen können folglich auch von Dschihadrückkehrern aus anderen europäischen Staaten tangiert werden.

Radikalisierte Haftentlassene als Herausforderung

Der Umgang mit radikalisierten Haftentlassenen bleibt eine Herausforderung. Besorgniserregend ist die Situation etwa in Frankreich, aber auch im Westbalkan, wo viele Dschihadisten in den kommenden Jahren aus der Haft entlassen werden. Nicht zu unterschätzen ist dabei der Umstand, dass schlechte Haftbedingungen dem Phänomen der Radikalisierung zusätzlich Vorschub leisten können. Das Stigma als Ex-Häftling dürfte die Reintegration in die Gesellschaft zusätzlich erschweren. Wie die Messerangriffe in London vom 29. November 2019 sowie 2. Februar 2020 illustrieren, besteht bei radikalisierten Haftentlassenen ein ernstzunehmendes Gewaltpotenzial. Nach verbüsster Haftstrafe können radikalisierte Haftentlassene nicht lückenlos überwacht werden – auch in der Schweiz nicht. Zudem kann manchmal ein Ausweisungsentscheid nicht vollzogen werden, auch wenn er rechtskräftig ist.

Dschihadistische Propaganda geht weiter

Insbesondere der „Islamische Staat“ wird seine Sympathisanten weiterhin mittels Online-Propaganda beeinflussen, auch wenn Gegenmassnahmen seitens Behörden und privater Internetunternehmen dies erschweren. Der Erfolg seiner Propaganda speist sich aber hauptsächlich aus dem sichtbaren Erfolg der Organisation – je erfolgreicher der „Islamische Staat“ also agiert, desto mehr Wirkung wird seine Propaganda entfalten. Zur Sorge Anlass geben wird der zunehmende Austausch von Know-how im Internet, etwa in Form von Anleitungen für Terrorakte. Dschihadistische Themen werden von Internetnutzern in der Schweiz weiterhin schwergewichtig verschlüsselt in sozialen Medien wie Telegram ausgetauscht werden.

Schweiz als mögliches Anschlagsziel

Da die Schweiz zur westlichen, von Dschihadisten als islamfeindlich eingestuften Welt gehört, bleibt sie aus deren Sicht ein legitimes Ziel. Im Vordergrund stehen jedoch jene Staaten, die international bei der Bekämpfung dschihadistischer Gruppierungen eine herausragende Rolle spielen. Deren Interessen könnten auch auf Schweizer Territorium angegriffen werden. Die Bedrohung für die jüdische Gemeinschaft bleibt stark abhängig von geopolitischen Entwicklungen, insbesondere dem Konflikt zwischen der Hisbollah und Israel beziehungsweise Iran und Israel. Gewalt-

anwendung gegen die muslimische Gemeinschaft oder ihre Gebetshäuser ist möglich. Kritische Medienberichte über Muslime, Anschläge auf muslimische Ziele oder die Diskriminierung von Muslimen vermögen darüber hinaus eine mobilisierende Dynamik in der islamistischen Szene zu entfalten. Je nach Ereignis könnte damit auch die Schweiz unvermittelt in den Fokus dschihadistischer Netzwerke geraten. Sowohl die jüdische als auch die muslimische Gemeinschaft sind weiteren Risiken ausgesetzt – siehe dazu unter „Gewalttätiger Rechts- und Linksextremismus".

Schweizer Interessen können auch im Ausland weiterhin von terroristischen Gewalttaten tangiert werden. So können auch Schweizer Staatsangehörige von Terroranschlägen im Ausland betroffen oder Opfer von Entführungen werden.

Dschihadistische Bedrohung für die Schweiz bleibt erhöht

Angesichts der beschriebenen Lageentwicklung bleibt die Terrorbedrohung für die Schweiz erhöht. Mit Anschlägen muss gerechnet werden. Das Spektrum der möglichen Szenarien ist vielfältig – die dschihadistische Terrorbedrohung wird zunehmend diffuser. In der Schweiz bleiben Anschläge auf weiche Ziele (zum Beispiel Verkehrseinrichtungen, Menschenansammlungen) mit geringem organisatorischem und logistischem Aufwand weiterhin die wahrscheinlichste Bedrohung. Als Täter kommen insbesondere Einzeltäter oder Kleingruppen in Frage. Darunter fallen zunehmend auch Täter, deren Radikalisierung und Gewaltorientierung eher in persönlichen Krisen oder psychischen Problemen als in ideologischer Überzeugung wurzeln. Die Häufigkeit solcher Gewalttaten, die einen marginalen Bezug zur dschihadistischen Ideologie oder Gruppierungen aufweisen, wird generell gleichbleiben oder möglicherweise gar zunehmen. Eine besondere Herausforderung stellt es dar, rechtzeitig jene Personen zu entdecken, die im Begriff sind, einen Terroranschlag zu planen oder zu verüben, aber nicht oder nur marginal mit der lokalen islamistischen Szene verbunden sind. Gefordert werden die Sicherheitsbehörden auch durch jene Einzeltäter, die spontan oder ohne grossen logistischen Aufwand einen Anschlag planen beziehungsweise verüben.

PKK wird ihre jetzige Strategie fortsetzen

Der nachhaltig geschwächten PKK dürften derzeit vor allem die Mittel für Terroranschläge in der Türkei fehlen. Es ist aber weiterhin mit PKK-Angriffen auf militärische und polizeiliche Ziele in der Region zu rechnen. Ihre Führung wird aus Imagegründen dabei weiterhin versuchen, zivile Opfer zu vermeiden und gegebenenfalls andere Gruppen für diese verantwortlich machen. Westliche Touristinnen

und Touristen in der Türkei sind zwar kein Anschlagsziel der PKK, könnten aber Opfer werden. Kurdischen Türkeireisenden drohen Zwangsmassnahmen durch den türkischen Staat.

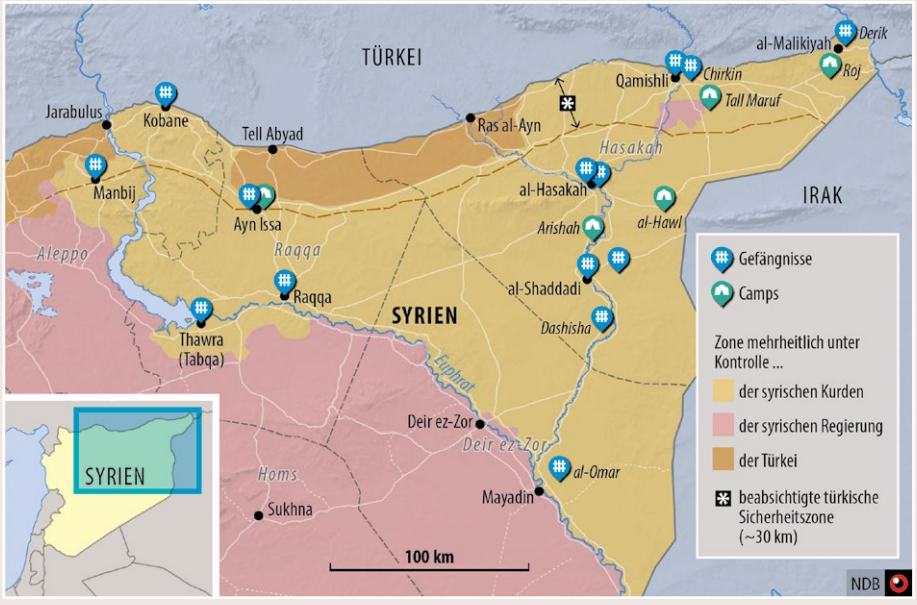
Die Strategie des Gewaltverzichts der PKK in Europa kann weder Einzelaktionen noch – ausgelöst etwa durch Provokationen – sporadische Ausschreitungen verhindern. Mögliche Ziele von PKK-Angriffen bleiben auch hierzulande nebst den geschützten staatlichen Vertretungen türkische Moscheen und Vereine, Residenzen und Unternehmenssitze. Die PKK wird in Europa weiterhin möglichst gewaltfrei demonstrieren, zudem aber ihre Spendeneintreibung und Rekrutierungsbestrebungen vorantreiben.

In der Regel sind es Linksextreme, die für Gewaltausübung im Zusammenhang mit Rojava verantwortlich sind. Zum Brandanschlag wurde auf der Webseite des Revolutionären Aufbaus eine Bekennung publiziert. Bern, September 2019

Ungewisse Zukunft inhaftierter Kämpfer des „Islamischen Staats“

Tausende ehemalige Kämpfer des „Islamischen Staats“ befinden sich teils mit ihren Angehörigen derzeit in kurdischer oder irakischer Haft. Allein in Syrien ist von über 10’000 verhafteten Kämpfern des „Islamischen Staats“ die Rede. Diese stellen einen Risikoherd dar und ihre Zukunft ist ungewiss. Die instabile Lage in den kurdisch verwalteten Gebieten Syriens sowie im Irak bieten ungünstige Rahmenbedingungen für den Umgang mit diesen Inhaftierten, sei es seitens der lokalen Behörden oder seitens der Heimatländer ausländischer Gefangener. Der politische und militärische Druck auf die Kurden im Nordosten Syriens wird nicht abnehmen. Der kriegsversehrte Irak wird von heftigen innenpolitischen Krisen und Gewaltausbrüchen erschüttert. Die Lage hinsichtlich der Haftanstalten und Internierungslager, in denen Kämpfer des „Islamischen Staats“ und deren Familienangehörige untergebracht sind, ist instabil. 2019 ist es zudem wiederholt zu Ausbrüchen, Entlassungen und Revolten von verhafteten Kämpfern des „Islamischen Staats“ oder deren Familienangehörigen gekommen. Zudem ist der „Islamische Staat“ nach wie vor bestrebt, seine Mitglieder, Anhänger und deren Familienangehörigen zu befreien. Früher oder später dürften sich viele wieder

Nordostsyrien: Gefängnisse und Lager, in denen Kämpfer und Anhänger des „Islamischen Staats“ sowie ihre Familienangehörigen untergebracht sind.



ihrer angestammten dschihadistischen Bewegung anschliessen, sei es mangels anderer Perspektiven oder fehlgeschlagener Reintegration oder infolge weiterer Radikalisierung während einer Haftzeit unter oft sehr schwierigen Bedingungen.

All dies betrifft auch mehrere hundert erwachsene Personen aus europäischen Ländern, die sich – oft mit Kindern und Angehörigen – in syrischen und irakischen Gefängnissen oder Lagern befinden. Darunter sind auch einige Personen mit Schweizer Staatsbürgerschaft. Die Problematik möglicher künftiger Rückkehrer aus der Haft in Syrien und im Irak ist europaweit in den Fokus der Politik gerückt. Am 8. März 2019 legte der Bundesrat die Ziele und die Strategie der Schweiz im Umgang mit terroristisch motivierten Reisenden fest. Ein wesentliches Element davon ist, die unkontrollierte Rückkehr solcher Personen in die Schweiz zu verhindern. Weiter ist auch der Grundsatz, die Rückkehr von dschihadistisch motivierten Reisenden nicht aktiv zu unterstützen, Teil der Strategie.

Gewalttätiger Rechts- und Linksextremismus

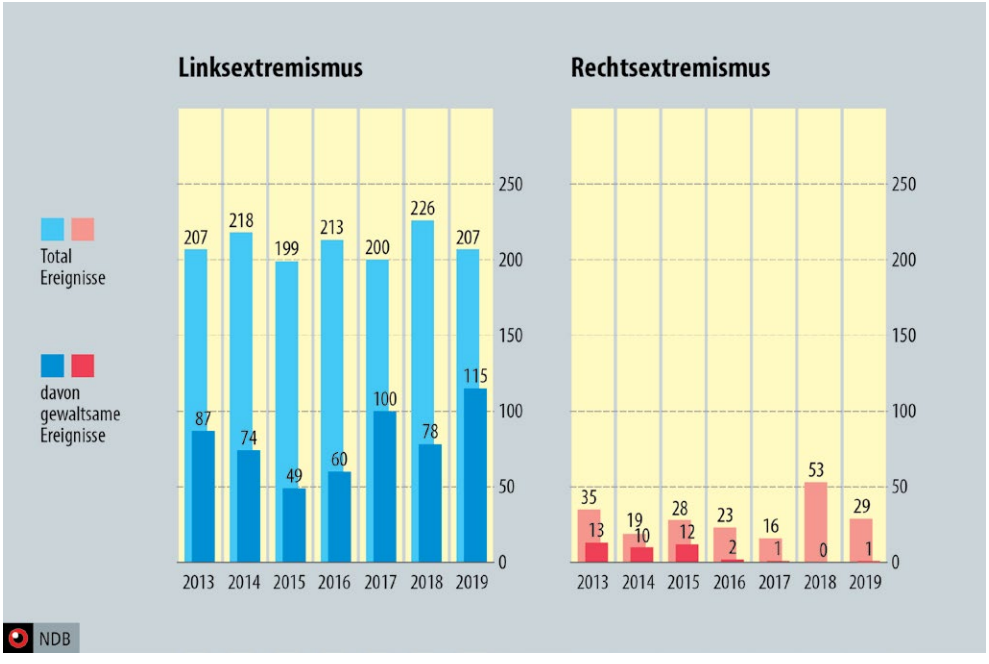
Was sieht der NDB?

Ereignisse und Gewaltpotenzial

2019 wurden dem NDB 29 Ereignisse im Bereich des gewalttätigen Rechts- und 207 Ereignisse im Bereich des gewalttätigen Linksextremismus bekannt. Für den Rechtsextremismus bedeutet dies gegenüber 2018 fast die Halbierung, für den Linksextremismus bleibt die Anzahl Ereignisse knapp unter der Zahl des Vorjahrs. Rechtsextrem motivierte Gewalttaten waren wie in den Vorjahren kaum zu verzeichnen; im Bereich Linksextremismus stieg der Anteil der Ereignisse, die mit Gewalt verbunden waren, von gut einem Drittel auf über die Hälfte. Das Gewaltpotenzial der Szenen bleibt unverändert.

Die Intensitätsskala linksextremer Gewalt reicht weiterhin bis hin zu Brandanschlägen und zum Einsatz von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV). Bei Aufeinandertreffen von Linksextremen und Sicherheitskräften – etwa anlässlich von Demonstrationen – nehmen gewalttätige Linksextreme Schaden an Leib und Leben insbesondere von Sicherheitskräften, aber auch von Angehörigen anderer Blaulichtorganisationen mitunter nicht nur in Kauf, sondern bezwecken dies in einzelnen Fällen offenkundig.

Dem NDB gemeldete links- oder rechtsextrem motivierte Ereignisse seit 2013
(ohne Schmierereien)



Rechtsextreme Gewaltausübung war nur in der Westschweiz im Zusammenhang mit Schlägereien mit Linksextremen zu verzeichnen. Die Frontstellung zwischen den beiden Szenen ist aber weiterhin schweizweit beobachtbar. Insbesondere die linksextreme Szene reagiert unter dem Stichwort „Antifa" rasch, wenn aus ihrer Sicht Rechtsextreme in Erscheinung treten. Manchenorts sind zwischen Links- und Rechtsextremen wechselseitig Provokationen feststellbar; wird Gewalt eingesetzt, geht dies derzeit meist von linksextremer Seite aus.

Beide Szenen pflegen Kontakte ins Ausland – die physischen Einschränkungen aufgrund der Pandemiemassnahmen haben hieran nichts geändert beziehungsweise sorgten für einen nur temporären teilweisen Unterbruch. 2019 besuchten gewalttätige Rechtsextreme aus der Schweiz Konzerte und Veranstaltungen in ganz Europa. Gerade die beiden grossen, internationalen Skinheadorganisationen Blood and Honour und Hammerskins ermöglichen, erleichtern oder festigen nicht nur individuelle Kontakte, sondern auch die Zusammenarbeit. So gab es unter drei in Frankreich Anfang 2019 aufgelösten rechtsextremen Gruppierungen regelmässig Austausch mit Schweizer Rechtsextremen. Die Auflösung führte jedoch nicht zu einer Verlagerung von Aktivitäten in die Schweiz. So ist nicht festzustellen, dass in der Schweiz niedergelassene Angehörige von Nachbarstaaten die Schweiz systematisch als Ersatzstandort für Aktivitäten nutzen, denen sie im Ausland nicht mehr nachgehen können. Auf linksextremer Seite ist zum einen auf die Secours Rouge International hinzuweisen, in der der Revolutionäre Aufbau Schweiz (RAS) nachwievor eine prägende Rolle spielt. Wichtig ist hauptsächlich die Solidarität mit linksextremen türkischen Gruppierungen und mit der PKK, weil sich die linksextreme Szene stark auf die Selbstverwaltungsgebiete der Kurden in Syrien fokussiert hat. Gewalttätige Linksextreme aus vielen europäischen Staaten, auch aus der Schweiz, waren in den letzten Jahren persönlich in diesen Gebieten.

Gewalttätiger Rechtsextremismus

Das Bild der rechtsextremen Szene in der Schweiz ist seit dem letztjährigen Lagebericht diffuser geworden, von einem allgemeinen Aufbruch kann nicht die Rede sein. Viel eher bestätigt sich die damals formulierte Erwartung, dass sich der gewalttätige Rechtsextremismus in der Schweiz wieder in den Schatten zurückzieht.

Allerdings bestehen die Aktivitäten fort, die schon das letztjährige Bild prägten. Einzelne Gruppierungen in der französischsprachigen Schweiz veranstalten Themenabende oder treten mit kurzen Aktionen in Erscheinung. Provokationen gegenüber der Öffentlichkeit bleiben hier wie in der übrigen Schweiz weitgehend aus. Seit

einiger Zeit finden Veranstaltungen von Rechtsextremen vermehrt in eigenen Lokalitäten oder in nach Möglichkeit abgelegenen Nutzräumen von Szenemitgliedern oder den Rechtsextremen bekannten Personen statt.

Allerdings kann das Auftreten von Ort zu Ort sehr unterschiedlich ausfallen, je nachdem, wie die gewalttätigen Rechtsextremen ihre Möglichkeiten einschätzen, unerkannt oder unbehelligt zu bleiben. Die Themen der rechtsextremen Szene sind vielfältig – so werden die Abende mit einem Vortrag zum Untergang des Abendlandes oder zur Hegemonie linken Denkens gestaltet; weit abseits offizieller Anlässe wird historischer Ereignisse in der Schweiz gedacht, aber auch heidnisches Brauchtum wie Sonnwendfeiern gepflegt. Ereignisse wie die Covid-19-Pandemie oder Verschwörungstheorien als Erklärungsmuster lassen sich zwar problemlos in die an sich schon diffuse Gedankenwelt des Rechtsextremismus einpassen, entfalten in der Schweiz bisher jedoch kaum zusätzlich mobilisierende Wirkung.

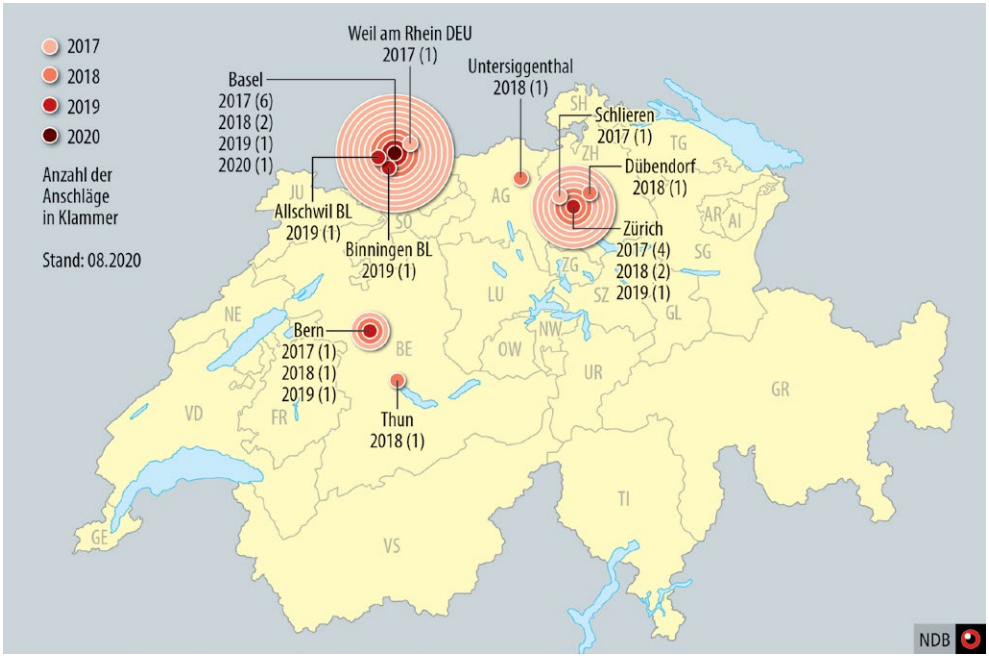
Konzerte mit ausländischen Szenebands können bei Gewaltbezug weitgehend mit Einreiseverboten verhindert werden. Wichtiger, weil potenziell im Zusammenhang mit Gewaltausübung, ist das Training von Kampfsportarten sowie der Hinweis auf in der Szene bestehende Sammlungen funktionstüchtiger Waffen, darunter Schusswaffen einschliesslich namhafter Mengen zugehöriger Munition.

Rechtsextreme Provokation: In den sozialen Medien kursierte ein Video, in dem die Verbrennung eines Transparents gezeigt wird, das von einer Demonstration für ein „Buntes Schwyz" stammt. April 2019

Gewalttätiger Linksextremismus

Die gewalttätigen Linksextremen setzen viele Themen auf ihre Agenda. Kritik an den herrschenden Zuständen ist aus ihrer Sicht überall möglich. Sie setzen aber auch Schwerpunkte, etwa dadurch, dass sie ihren Protest zu Kampagnen bündeln. Sie bezeichnen dabei jeweils öffentlich, wen sie primär angreifen wollen, setzen sich konkrete Ziele, und ihre Aktionen sollen weniger symbolisch Protest zum Ausdruck bringen als direkte Wirkung erzielen. Seit Jahren führen die gewalttätigen Linksextremen zwei Kampagnen, zum einen gegen staatliche Repression, zum anderen gegen die „Ausschaffungsmaschinerie". Mit der Kampagne gegen staatliche Repression sollen insbesondere der Bau des Bässlerguts in Basel und des Polizei- und Justizzentrums in Zürich verhindert werden. Im Rahmen beider Kampagnen wurden Brandanschläge verübt, in Fall der Antirepressionskampagne war auch ein Anschlag mit einer USBV zu verzeichnen. Ein Anschlagsversuch mit einer USBV war zudem im Zusammenhang mit dem derzeit wichtigsten Thema der gewalttätigen linksextremen Szene festzustellen: die kurdischen Selbstverwaltungsgebiete (Rojava) beziehungsweise die Solidarität mit den Kurden. Neben einer Vielzahl gewaltsamer Aktionen wie etwa Farbanschlägen wurden auch hier Brandanschläge verübt. Insbe-

Brandanschläge im Rahmen der Antirepressionskampagne seit 2017



sondere reagierte die Szene damit auf den Einmarsch der Türkei in Nordsyrien. In diesem Zusammenhang startete die Szene auch eine Kampagne gegen Firmen, die in ihren Augen den Krieg der Türkei gegen die Kurden unterstützen.

Neben den Kampagnen reagiert die Szene sowohl tagesaktuell auf Themen, etwa indem sie einen Anlass für ihre eigenen Zwecke zu nutzen versucht, während sie andere Termine oder Anlässe standardmässig traktandiert. Ein Beispiel für die Nutzung eines Anlasses ist der Umgang mit dem Frauenstreiktag Mitte Juni 2019. Insbesondere in den Monaten vor dem Frauenstreiktag thematisierten auch gewaltbereite Linksextreme die Stellung der Frau in der Gesellschaft mit Aktionen und Protesten, die teilweise mit Gewalt verbunden waren. Das Thema hat sich in der Szene mittlerweile zu einem wichtigen Traktandum verfestigt und wurde nach dem Lockdown rasch wieder auf die Strasse getragen. Gleichzeitig fanden in der Schweiz die ersten Black-Lives-Matter-Demonstrationen statt, deren Themen „Rassismus“ und „Polizeigewalt/Repression“ nominell zum Kernbestand linksextremer Motive gehören. Tatsächlich gelang es den Zürcher Linksextremen, bei einer ersten solchen Demonstration in Zürich die Führung zu übernehmen – beim zweiten Mal missriet ihnen dies. In beiden Fällen traten sie äusserst aggressiv und gewalttätig vor allem gegenüber Sicherheitsbeamten auf, wobei sich bei der zweiten Demonstration andere Teilnehmerinnen und Teilnehmer schützend vor die Polizei stellten.

Die beiden prominentesten Standardtraktanden der linksextremen Szene sind der Tag der Arbeit und das Jahrestreffen des World Economic Forum (WEF) in Davos. Dies macht auf Seiten der Behörden Präventions- und Sicherheitsmassnahmen notwendig, die ihrerseits verhindern, dass die linksextreme Szene allzu gewalttätig auftreten kann. So werden regelmässig gewaltsame Nachdemonstrationen am Tag der Arbeit verhindert. Während das WEF 2020 weitgehend friedlich durchgeführt werden konnte, richteten gewalttätige Linksextreme insgesamt einen Sachschaden von fast 200'000 Franken an, verübten einen USBV-Anschlag und verletzten bei einer bewilligten Demonstration in Zürich einen Polizisten und eine unbeteiligte Passantin.

Was erwartet der NDB?

Gewalttätiger Rechtsextremismus

Die Medien, die Behörden und die linksextreme Szene widmen der rechtsextremen Szene und ihren Aktivitäten weiterhin Aufmerksamkeit. Für Rechtsextreme bedeutet dies, dass wenn sie als solche erkannt oder bezeichnet oder mit einem rechtsextrem motivierten Ereignis in Zusammenhang gebracht werden, sie mit persönlichen Konsequenzen rechnen müssen. Deshalb dürfte für viele Szenemitglieder die Motivation, sich bedeckt zu halten, bestehen bleiben. Es ist wahrscheinlich, dass sich die Szene weiter konspirativ verhält.

Trotz ihrem Gewaltpotenzial entwickeln sich in der rechtsextremen Szene der Schweiz derzeit keine Tendenzen hin zu vermehrter Gewaltausübung oder gar zu terroristischen Aktivitäten. Dies ist ein grosser Unterschied zu Entwicklungen in anderen Staaten, namentlich Deutschland, obwohl vielfältige Beziehungen dorthin bestehen. So haben in Deutschland mehrmals rechtsextrem inspirierte Einzeltäter Terroranschläge verübt. Ziel waren Minderheiten (siehe dazu Seiten 58–59). Solche Anschläge sind auch in der Schweiz möglich. Der NDB schätzt die Bedrohung durch ausserhalb der bekannten rechtsextremen Strukturen agierende, möglicherweise aber in sozialen Medien auch international mehr oder weniger vernetzte Einzeltäter als grösser ein als jene durch Gruppen. Dabei dürfte es sich um Anschläge mit geringem logistischem Aufwand handeln.

Entwicklungen in anderen Staaten können die rechtsextreme Szene in der Schweiz beeinflussen. Zu erwarten ist, dass neue Phänomene wie die Siege-Ideologie (englisch: „Belagerung“) oder lose Gruppierungen wie die Atomwaffen Division oder die Feuerkrieg Division auch in zunehmendem Masse in der Schweiz auftreten werden. Die Rechtsextremen verfügen derzeit weder über tagesaktuelle Themen noch über eine Strategie. Weiterhin dürfte die Szene sich mit Gewaltausübung zurückhalten, solange nicht zum Beispiel eine deutliche Erhöhung der Asylzahlen oder ein dschihadistisch motivierter Anschlag als Auslöser dienen können. Zumindest lokal könnte die rechtsextreme Szene deutlicher auf das Vorgehen der Antifa reagieren oder möglicherweise sogar selbst aktiv werden. Dabei dürfte es sich aber von ihrer Seite um Spontanaktionen ohne grosse, spezifische Vorbereitung handeln.

Gewalttätiger Linksextremismus

Die gewalttätige linksextreme Szene wird ihr Vorgehen kaum ändern. Zwar ist sie immer auf der Suche nach grösseren Bewegungen, deren Themen und Proteste sie für sich selbst nutzen kann. Aber die Instrumentalisierungsversuche waren weder mit den Gilets jaunes noch bei der Klimabewegung oder, wie oben beschrieben, im

Rahmen von „Black Lives Matter“ erfolgreich. Sie dürfte deshalb ihre bereits laufenden Kampagnen fortsetzen und inhaltlich keine neuen Schwerpunkte setzen – es sei denn, es bietet sich hierzu eine Gelegenheit.

Zu den grundsätzlichen Bedingungen gehört, dass die gewalttätige linksextreme Szene kein Monolith ist. Kommunisten und Anarchisten stellen sich die Zukunft jeweils anders vor; nicht alle Themen mobilisieren alle. Hinsichtlich Gewalt reichen die Einstellungen von der Bereitschaft, sie teilweise gutzuheissen, bis hin zu eigener Gewaltanwendung. Gewaltanwendung geht von Sachbeschädigungen bis zu Brandstiftung oder Angriffen auf Leib und Leben. Schusswaffen werden auch künftig wahrscheinlich nicht eingesetzt, sind aber zumindest vereinzelt vorhanden. Das Gewaltpotenzial wird erhöht durch:

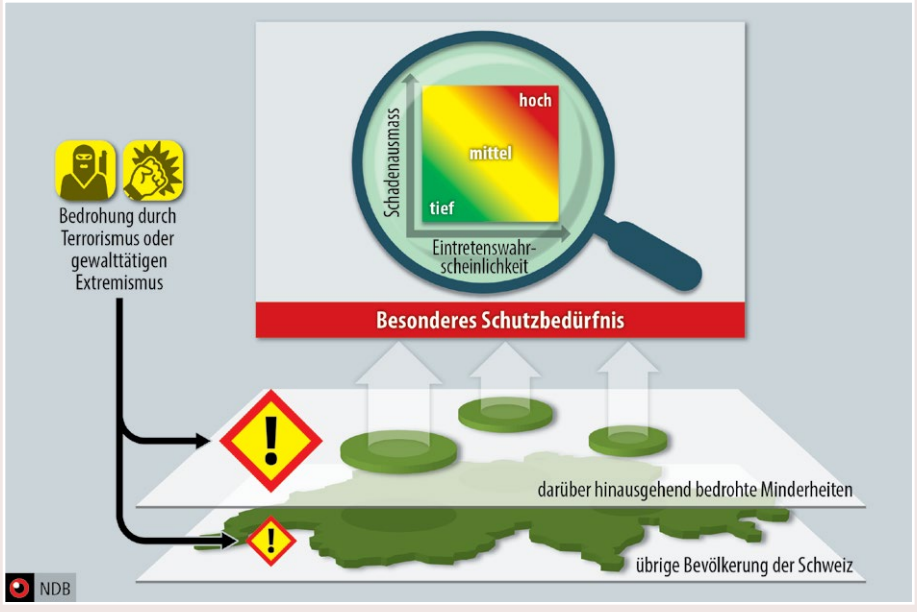
- Menschenansammlungen: Sie bieten gewalttätigen Linksextremen die Möglichkeit, aus der Masse heraus und deshalb geschützt Gewalt auszuüben. Grundsätzlich bleibt das Aggressionspotenzial gegenüber Sicherheitskräften besonders hoch. Das gewaltsame Vorgehen ist bekannt.
- Kampagnen: Kampagnen führen zu mehr Aktivitäten. Gewalt wird zielgerichtet eingesetzt und dient teilweise nicht nur symbolischem Protest oder dazu, Schaden anzurichten, sondern auch der Sabotage.
- Anarchismus: Anarchisten agieren gewalttätiger als marxistisch-leninistisch orientierte Linksextreme, sind allerdings deutlich weniger organisiert.

Breitere Bewegungen wie die Klimabewegung oder die Black-Lives-Matter-Aktivisten werden sich von gewalttätigen Akteuren abgrenzen – obwohl Linksextreme sowohl Umweltzerstörung wie Rassismus und Polizeigewalt thematisieren. Offen bleibt dabei, ob, und wenn ja, wie sich die bessere Vernetzung der gewalttätigen Linksextremen durch die Aufenthalte im syrischen Kriegsgebiet auf eine gemeinsame Bekämpfung des „Systems“ in Europa auswirken wird.

Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen

Eine Minderheit in der Schweiz hat dann ein besonderes Schutzbedürfnis, wenn sie einer Bedrohung durch Angriffe im Zusammenhang mit Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus ausgesetzt ist, die über die allgemeine, die übrige Bevölkerung treffende Bedrohung hinausgeht. Gemäss der Verordnung über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) ist es die Aufgabe des NDB, diese Bedrohung in Konsultation mit den zuständigen kantonalen und kommunalen Sicherheitsbehörden zu beurteilen. Die VSMS regelt die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an Organisationen, die Massnahmen in der Schweiz durchführen, um Minderheiten vor terroristischen oder gewalttätig-extremistischen Angriffen zu schützen. Der Vollzug der VSMS liegt beim Bundesamt für Polizei.

Unter den durch gemeinsame Lebensweise, Kultur, Religion, Tradition, Sprache oder sexuelle Orientierung konstituierten Minderheiten haben derzeit in der Schweiz insbesondere die jüdische und die muslimische Gemeinschaft besondere Schutzbedürfnisse. Die gegenüber der Allgemeinheit gesteigerte Bedrohung hat drei Quellen: den sunnitischen Dschihadismus, verschiedene schiitische Akteure und den Rechtsextremismus.



Rechtsextreme Gewalttaten gegen Minderheiten

Rechtsextreme lehnen die Präsenz politischer, religiöser und sexueller Minderheiten ab; Angriffe aus rechtextremen Motiven in Europa, den USA und Neuseeland belegen die erhöhte Bedrohung für die jüdischen und muslimischen Gemeinschaften. 2019 wurden weltweit mehrere rechtsextrem motivierte Terroranschläge auf Minderheiten verübt, darunter:

- Christchurch (Neuseeland), 15. März 2019 – ein australischer Staatsbürger griff zwei Moscheen an und tötete über 50 Menschen und verletzte ebenso viele. Seine Tat weist Bezüge zum Anschlag Anders Breiviks 2011 in Norwegen auf, der Täter bezog sich zudem auf die rechtsextreme White-Power-Bewegung. Er hatte zuvor unter anderem Europa bereist.
- Poway (Kalifornien, USA), 27. April 2019 – ein amerikanischer Staatsbürger tötete in einer Synagoge einen Menschen und verletzte mehrere. Er bezog sich dabei unter anderem auf den Täter von Christchurch.
- Baerum (Norwegen), 10. August 2019 – ein bewaffneter norwegischer Staatsbürger wurde festgehalten, nachdem er in eine Moschee eingedrungen war. Zuvor hatte er seine Halbschwester getötet.
- Halle (Deutschland), 9. Oktober 2019 – nachdem es ihm nicht gelungen war, in die Synagoge einzudringen, tötete ein deutscher Staatsbürger in deren Umfeld zwei Personen.

Nebst dem, dass die Anschläge Minderheiten galten, weisen sie einige weitere Gemeinsamkeiten auf. So sind sie alle das Werk sogenannter Einzeltäter, wiewohl – insbesondere im Internet – Bezüge ins rechtsextreme Milieu oder zumindest zu rechtsextremem Gedankengut feststellbar sind. Mehrere Täter verwiesen auf ihre Vorläufer. Anschläge können radikalisierte und/oder psychisch nicht gefestigte Individuen dazu verleiten, selbst eine solche Tat zu begehen.

Proliferation

Was sieht der NDB?

Massenvernichtungswaffen als Mittel der Abschreckung

Die Attraktivität von Massenvernichtungswaffen bleibt hoch. Gerade für eine Regionalmacht wie Nordkorea ist die Fähigkeit, in einem regionalen Konflikt auch das Kerngebiet einer überlegenen Macht zu bedrohen, von vitaler Bedeutung. Denn dadurch werden der gegnerischen Interventionsfähigkeit Grenzen gesetzt und das Überleben des eigenen Regimes kann garantiert werden. Gegen einen nuklear bewaffneten, aber konventionell klar unterlegenen Gegner ist auch aus Sicht einer überlegenen Grossmacht das Unentschieden das vernünftigste Ziel und daher anzustreben.

2019 war im Rahmen der Konfliktsituation am Persischen Golf die Mechanik von Eskalationssituationen zu beobachten, gegen die Massenvernichtungswaffen oder asymmetrische Mittel als Rückversicherung dienen. Iran ging als Gegner der Golfmonarchien hohe Risiken ein, als es begann, mit militärischen Mitteln die wirtschaftliche Lebensader seiner Kontrahenten anzugreifen. Ein solches Risiko könnte eine Regionalmacht beim Vorhandensein einer echten strategischen Abschreckung noch weit leichter oder früher eingehen.

Die beim Angriff auf die saudischen Ölanlagen verwendeten Waffensysteme lassen sich mit kommerziell erhältlichen, zivilen Gütern fertigen. Auch dies ein Beispiel dafür, in welche Richtung sich die Dual-use-Problematik in den vergangenen Jahren entwickelt hat. Früher waren in vielen Bereichen militärische Bedürfnisse Treiber von Entwicklungen, die nachfolgend auch für zivile Produkte Verwendung fanden. Heute ist der zivile Bereich wichtiger, und das Militär adaptiert neue Technologie aus dem zivilen Bereich für seine Zwecke. Staaten wie China verstehen, was die höhere Dynamik im zivilen Sektor für ihre Streitkräfteentwicklung bedeutet, und schaffen gezielt Gefässe für den Technologietransfer hin zu den Streitkräften. Dem muss die Schweizer Industrie bei Kooperationen bewusst Rechnung tragen.

Die Schweiz als Ziel proliferierender Staaten

Die Schweiz ist innovativ; Industrie und Hochschulen geniessen einen exzellenten Ruf. Damit ist sie aber auch ein bevorzugtes Ziel proliferierender Staaten. Diese Dynamik verstärkt sich im Wettbewerb der Grossmächte und bei der Entwicklung neuer Waffensysteme. In diesem Bereich treffen dann auch einmal mehr die Themenbereiche Proliferation, verbotener Nachrichtendienst und Cyber aufeinander, da sie denselben Zwecken dienen.

Proliferation als langfristiges Phänomen

Proliferation ist ein langfristiges Phänomen. Wie erwähnt, dominiert heute in vielen Bereichen die zivile Technologieentwicklung auch den Fortschritt im militärischen Bereich. Damit gehen Eingriffe anderer Staaten in die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz einher. Diese Staaten suchen Zugriff auf Träger von Schlüsseltechnologie, die auch der im weitesten Sinn militärischen Verwendung dient, indem mit ihr zum Beispiel Abhängigkeiten von gegnerischen Staaten reduziert und damit die eigene Konfliktfähigkeit im Bedarfsfall erhöht wird. Solche Technologieträger sind häufig auch identisch mit Unternehmen, von denen der wirtschaftliche Erfolg der Schweiz langfristig abhängt.

Am 2. Juli 2020 wurde ein Gebäude im iranischen Atomanreicherungskomplex von Natanz fast vollständig zerstört. Iran hat angekündigt, die Halle zu ersetzen – diese Bemühungen könnten auch in der Schweiz als proliferationsrelevante Aktivitäten spürbar werden.

29.06.2020 (WorldView3)

08.07.2020 (WorldView3)

Was erwartet der NDB?

Fortsetzung bekannter Konflikte

Zwei bekannte Konflikte der Nonproliferation werden erneut an Fahrt gewinnen. Nordkorea beendet seine Phase der „strategischen Geduld“ mit den USA und wird zu einem provokanteren Verhalten zurückfinden, sollten die USA ihm nicht einen attraktiven „Deal“ anbieten. Selbst im Rahmen eines solchen Abkommens ist aber nicht mit einer nachhaltigen Abrüstung Nordkoreas zu rechnen. Das Land wird weiterhin an seiner seit Jahrzehnten erfolgreichen Taktik festhalten, im Rahmen von Verhandlungen gut sichtbare, aber jederzeit reversible Massnahmen anzubieten, die nie die strategischen Kernfähigkeiten im Bereich der Atomwaffen und Raketenrüstung gefährden.

Behalten die USA ihre gegenwärtige Politik bei, wird sich die Demontage des Nuklearabkommens mit Iran fortsetzen. Die jüngsten Massnahmen Irans gegen Kernerfolge des Abkommens, so etwa die Zivilisierung der Urananreicherungsanlage in Fordo, die nun rückgängig gemacht wird, dürften fortgeführt werden und müssen zu einer Reaktion der Gegenparteien führen. Beim gegenwärtigen Kurs endet das Nuklearabkommen 2020 oder 2021 – faktisch oder auch formal.

Proliferation ist in der Regel kein eigenständiger sicherheitspolitischer Antreiber, sondern eine Konsequenz aus übergeordneten Entwicklungen. In diesem Sinn ist auf die Situation in Südasien hinzuweisen. Die beiden reifen Atomwaffenprogramme Indiens und Pakistans schreiten technisch langsam, aber stetig voran. Die Aussichten im bilateralen Verhältnis der beiden Atommächte sind aber insbesondere aufgrund der innerindischen Dynamik eher negativ.

Neue Waffensysteme

Neben den klassischen Problemfeldern wird der Bereich Proliferation in den nächsten Jahren wieder stärker auf die etablierten Grossmächte ausgerichtet und vom Wettbewerb zwischen den USA, Russland und China geprägt werden. Diese Grossmächte entwickeln neue Waffensysteme wie Hyperschallwaffen, die direkt destabilisierend auf das strategische Gleichgewicht einwirken können. Schweizer Hochschulen – und auch die Industrie – besitzen zum Beispiel im Bereich Materialwissenschaften wichtige Grundlagenfähigkeiten für die Entwicklung und den Bau solcher Waffensysteme.

Zerfall der strategischen Rüstungskontrolle

Gleichzeitig zeigt die strategische Rüstungskontrolle anhaltend Zerfallserscheinungen. Nach dem Ende des Intermediate Range Nuclear Forces Treaty (INF-

Vertrag), der zwischen 1987 und 2019 zwischen den USA und der Sowjetunion beziehungsweise deren Rechtsnachfolgern die Normen im Bereich Mittelstreckenwaffen definierte, steht nun auch New START, der Vertrag zur Kontrolle der strategischen Nuklearstreitkräfte, auf der Kippe. Bis jetzt zeichnet sich keine Einigung der USA und Russlands auf eine Verlängerung dieses im Februar 2021 auslaufenden Vertrags ab. Zudem haben die USA mit der offiziellen Erklärung vom 22. Mai 2020, aus dem Open-Skies-Vertrag auszutreten, einen weiteren Bestandteil des zerfallenden Rüstungskontrollregimes im OSZE-Raum geschwächt. Damit wird nicht nur die militärische Transparenz im zunehmend konfrontativen Verhältnis zwischen Russland und der Nato reduziert, sondern werden auch, wie im Teil „Strategisches Umfeld“ geschildert, die transatlantischen Beziehungen belastet.

Sollte es doch noch gelingen, New START zu retten, bleiben die übergeordneten Probleme. Denn die strategische Rüstungskontrolle muss Wege finden, zum einen China ins System einzubinden und zum anderen die Kontrolle weg von den Trägermitteln und hin zu den eigentlichen Kernwaffen zu verschieben. Dieser Prozess wird auch im besten Fall Jahre beanspruchen. In den nächsten Jahren könnten wirksame Instrumente der strategischen Rüstungskontrolle weitgehend fehlen. Trotz dieser Absenz ist aber nicht mit einem unkontrollierten, nuklearen Rüstungswettlauf zwischen den USA und Russland zu rechnen. Die Arsenale werden sich qualitativ verändern, aber quantitativ nicht massiv wachsen, da keine militärische Notwendigkeit für einen quantitativen Aufwuchs erkennbar ist.

Eine Welt – zwei Systeme

Heute besteht das Ziel der von den USA geprägten Nonproliferation und ihrer Instrumente darin, Rivalen punktuell den Zugang zu strategischen Fähigkeiten zu verwehren. Massenvernichtungswaffen haben typischerweise solche Fähigkeiten; aber auch der konventionelle Bereich kennt disruptive Instrumente wie etwa Satellitennetzwerke zur globalen Überwachung oder Positionsbestimmung.

Die Vereinbarung von Wassenaar reguliert massgeblich den konventionellen Bereich. Sie ging 1996 aus dem Koordinationsausschuss für den Ost-West-Handel (CoCom) hervor. Dessen Zielsetzung war breiter gewesen, sollten doch die Sowjetunion und die von ihr beherrschten Staaten von westlicher Hochtechnologie abgeschnitten werden, um die Entwicklung des sozialistischen Gesellschaftsmodells zu behindern. Die neutrale, strukturell aber vom westlichen Block abhängige Schweiz gehörte dem CoCom zwar nicht an, setzte aber dessen Beschlüsse im Rahmen einer bilateralen Absprache mit den USA um. In den vergangenen Jahren waren Entwicklungen zu beobachten, die gewissermassen eine Rückkehr zum Kern des CoCom darstellen. So werden nun zum Beispiel auch Güter zur Internetüberwachung kontrolliert: Nicht völkerrechtliche Normen begründen diese Kontrolle, sondern gesellschaftliche Wertvorstellungen. Auch die weiteren Exportkontrollregime tragen den Geist einer kulturellen Systemkonfrontation in sich: So die Nuclear Suppliers Group (1974), die Australiengruppe (1985) und das Raketentechnologie-Kontrollregime (1987), die sich ursprünglich gegen Regionalmächte wie Indien, den Irak und Iran richteten.

Technologiekontrolle umfasst immer auch ein Element der Schwäche: das Eingeständnis, Innovationszyklen nicht zu dominieren. Gäbe es ein überlegenes Mittel oder den technisch perfekten Schutz gegen Kernwaffen, bräuchte es weder den Kernwaffensperrvertrag noch die Nuclear Suppliers Group. Diese Schwäche ist zentral in der gegenwärtigen Politik der USA gegenüber China: Sie führt zum Rückgriff auf andere Machtmittel wie Wirtschaftssanktionen.

Lenin erkannte seinerzeit zwar früh, dass Stahl und Strom unabdingbar waren für den Aufbau einer Industrienation. Anders als China unter Deng Xiaoping haben die russischen Machthaber aber viel zu spät verstanden, günstige Rahmenbedingungen für Innovation, Marktkräfte und neue Produktionsmittel zu schaffen. Dieselben Schweizer Werkzeugmaschinenfabrikanten, die vor hundert Jahren in den russischen Markt eintraten, liefern noch heute Güter, die Russland nicht selbst produzieren kann. Für das ebenfalls lokal geprägte, aber innovationsoffene Japan gilt dies nicht mehr, für China mit seiner weltweiten Präsenz immer weniger. Das totalitäre China hat es verstanden, kontrolliert liberale und marktwirtschaftliche Elemente effizient in seinen Staatsaufbau einzugliedern.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass es nun mit China ein weiteres Gravitationszentrum gibt, in dessen Orbit Innovation und neue Technologien entstehen und dessen Binnenmarkt ausreicht, diese Fähigkeit auch langfristig zu erhalten. Neue Technologien wie Künstliche Intelligenz oder zielgerichtete Eingriffe ins menschliche Erbgut führen dazu, dass der Technologieführer Normen im Umgang mit der Technologie setzt. China fordert, anders als es die Sowjetunion jemals tun konnte, die USA auch hinsichtlich der Spielregeln der Systeme auf Augenhöhe heraus. Ein grundsätzlich akzeptiertes Verständnis existiert mit China, anders als mit der Schlussakte von Helsinki (1975) mit der Sowjetunion, nicht.

Gegenwärtig ist zu beobachten, dass Normenräume wie der sogenannte Westen und eine chinesisch dominierte Sphäre auseinanderdriften. Die amerikanischen Angriffe auf Huawei sind ein prominentes Symptom dieses Konflikts. Wer 5G aufbaut, setzt über Jahrzehnte globale Normen, auch für die Zukunftsindustrien, die auf dieser neuen Infrastruktur basieren. Damit geht – wie in allen Bereichen kritischer Infrastruktur – eine langfristige Abhängigkeit vom Technologieeigner einher.

Kleine, offene Volkswirtschaften wie die schweizerische werden vermehrt vor die Wahl gestellt werden, sich für einen Normenraum zu entscheiden. Die heutigen Instrumente der Nonproliferation werden dabei als Eingangstor für Gespräche mit der Schweiz dienen. Die Ziele der Kontrahenten werden aber – wie 1949 – weiter gesteckt sein und sich um die Abgrenzung zwischen den Systemen drehen. Fragen werden sein, welche Form des Technologieaustauschs möglich ist und welche Art wechselseitiger Direktinvestition als systemkonform akzeptiert wird.

Verbotener Nachrichtendienst

Was sieht der NDB?

Umrisse verbotenen Nachrichtendiensts

Spionage bezeichnet das Sammeln und Analysieren vertraulicher oder geheimer Informationen, die dem Entscheid strategischer oder taktischer Fragen dienen und ausschlaggebende Vorteile in bewaffneten Konflikten oder im Ringen um politischen oder wirtschaftlichen Einfluss schaffen sollen. Akteure und Ziele der Spionage reichen von natürlichen Personen bis zu Organisationen und Staaten. Der NDB richtet seine Abwehranstrengungen hauptsächlich gegen staatliche Akteure.

Allgemein betrachtet sind die Motive, Ziele und Methoden der Spionage im Lauf der Zeit relativ konstant geblieben. Über Spionage hinaus greifen gewisse Nachrichtendienste zudem auf offensivere Massnahmen zurück, um einen politischen Gegner oder wirtschaftlichen Konkurrenten zu beeinflussen, zu schwächen oder zu destabilisieren. Hierzu gehören Desinformationskampagnen, Cyberangriffe, Sabotageakte oder der Einsatz von Spezialkräften. Solche Massnahmen gehen bis hin zur Gewaltanwendung, möglicherweise bis zur Liquidierung von Personen.

Motive verbotenen Nachrichtendiensts

Die Ziele der Akteure, die auf Spionage zurückgreifen, werden von ihrer politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Agenda bestimmt. Die im Rahmen der Covid-19-Pandemie im Ausland festgestellten nachrichtendienstlichen Tätigkeiten zeigen, wie rasch und gezielt dieses Mittel eingesetzt werden kann.

Auf internationaler Ebene ist Spionage ein Instrument, um in Machtkämpfen unter Staaten die jeweils angestrebte Stellung zu erlangen oder zu festigen. Die Rivalitäten zeigen sich insbesondere in Handelskonflikten, im Rennen um technischen Fortschritt und Kämpfen um politischen oder militärischen Einfluss in geostrategisch wichtigen Gebieten. Auch in bilateralen und multilateralen Verhandlungen dient Spionage der Beschaffung von nützlichen Informationen für die Erreichung von Verhandlungszielen. Spionage kann Staaten auch dazu dienen, eine Einflusssphäre in ihrer unmittelbaren Umgebung zu konsolidieren oder auszubauen.

Gewisse Staaten greifen auch auf Spionage als innnenpolitisches Instrument zurück, um die Regimestabilität durch die persönliche Machterhaltung zu stärken: Sie richten somit die nachrichtendienstlichen Fähigkeiten gegen politische Opponenten und nationale, ethnische oder religiöse Minderheiten – zuhause wie im Ausland. Dadurch können Diasporagemeinschaften auch in der Schweiz Ziel von Spionage oder Einschüchterung von Seiten der Nachrichtendienste ihres Herkunftsstaats werden (siehe dazu Seiten 78–79).

Methoden verbotenen Nachrichtendiensts

Die Werkzeuge von Nachrichtendiensten umfassen sowohl die – legale – Suche nach Informationen in öffentlichen Quellen wie die verdeckte Beschaffung von Informationen. Zu den Werkzeugen heimlicher Beschaffung gehören namentlich die Rekrutierung menschlicher Quellen, aber auch das Aufklären von Kommunikation über Kabel, Satellit und Funk und die Verwendung von Aufnahmemitteln wie Kameras und Abhörgeräten. In den vergangenen Jahren hat der Rückgriff auf Cybermittel an Gewicht gewonnen. 2019 hat der NDB eine Höchstzahl staatlich initiierter Cyberangriffe auf Schweizer Interessen festgestellt: hauptsächlich russische, nordkoreanische, chinesische und iranische. Wegen der Covid-19-Pandemie wurden internationale Organisationen, aber auch Forschungseinrichtungen mit Cybermitteln angegriffen.

Ziele der Abwehr verbotenen Nachrichtendiensts

Im Allgemeinen wird ein Staat, der Ziel von Spionageaktivitäten eines anderen Staats wird, mit Abwehrmassnahmen reagieren: Die Spionageabwehr versucht, Informationsbeschaffung und weitere offensive Massnahmen zu erkennen und zu unterbinden, um die eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen zu schützen und die Sicherheit zu gewährleisten. Spionageabwehr stört deshalb ebenso wie sie abschreckt, weil sie die Handlungsfreiheit anderer Nachrichtendienste einschränkt. Um sich gegen Wirtschaftsspionage zu schützen, greifen privatwirtschaftliche Akteure ihrerseits auf Präventionsmassnahmen im Bereich der Informationssicherheit und der Sensibilisierung ihrer Mitarbeiter zurück. Spionageabwehrmassnahmen sind unabdingbar, um die von Spionage ausgehenden Risiken zu vermindern.

Die Schweiz als Ziel

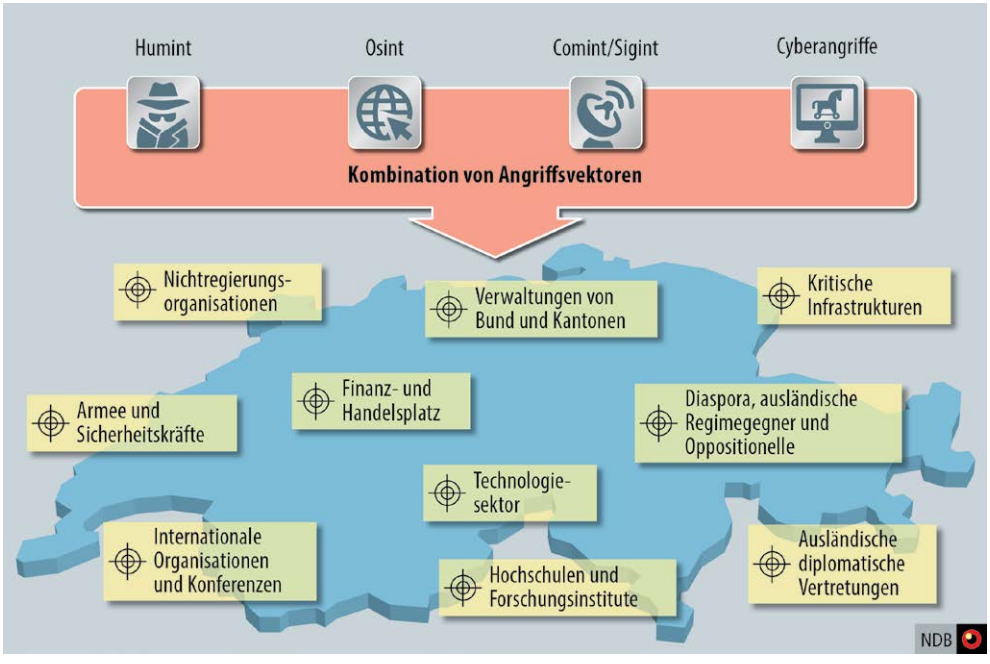
Als Sitz internationaler Organisationen und multinationaler Konzerne, Schauplatz internationaler Verhandlungen, Finanz- und Handelsplatz und Laboratorium neuer Technologien bildet die Schweiz in vielerlei Hinsicht ein anziehendes Spionageziel. Zum einen stellen die Spionageaktivitäten eine direkte Bedrohung für Schweizer Interessen dar, wenn sie politische Institutionen bei Bund und Kantonen – insbesondere die auswärtigen Angelegenheiten, die zivilen und militärischen Sicherheitsbehörden – und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder kritische Infrastrukturen zum Ziel nehmen. Wirtschaftsspionage bedroht direkt die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand von Schweizer Unternehmen, insbesondere wenn sie sich gegen Unternehmen im Bereich neuer Technologien, Forschungsinstitute, Hochschulen,

die Rüstungs- und Maschinenindustrie oder den Finanzplatz richtet. So kann ein Schweizer Unternehmen gegenüber seinen Konkurrenten nach dem Diebstahl eines Fabrikationsgeheimnisses im Nachteil sein. Zum anderen stellen Spionageaktivitäten eine Gefährdung für die Schweiz dar, sofern sie auf internationale Organisationen – zum Beispiel die Weltgesundheitsorganisation während der Covid-19-Pandemie –, ausländische diplomatische Vertreter und fremde Staatsangehörige mit Wohnsitz Schweiz zielen. Internationale Spannungen widerspiegeln sich auch in Aktivitäten fremder Staaten, die ihre Gegner auf Schweizer Boden ausspionieren. Dies schadet dem Bild der Schweiz als Gaststaat und neutrale und sichere Plattform für die internationale Diplomatie, fordert die Rechtsordnung heraus und bedroht die innere Sicherheit der Schweiz.

Akteure staatlicher Spionage in der Schweiz

Obwohl viele Staaten im Ausland – auch in der Schweiz – offensive Spionagemittel einsetzen, konzentriert sich der NDB auf die aktivsten und aggressivsten Nachrichtendienste, die gegen Schweizer Interessen handeln. Die Hauptbedrohung geht von den russischen Nachrichtendiensten aus, die auch 2019 ein hohes Aktivitätsni-

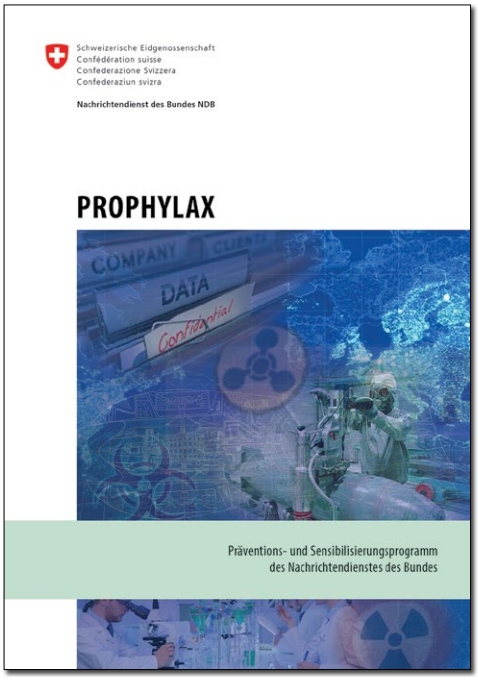
Angriffsvektoren und Ziele von Spionage in der Schweiz



veau auf Schweizer Boden beibehalten haben. Die Schweiz bleibt in Europa einer der Hauptumschlagsplätze russischer Nachrichtendienste. Die Zahl unter diplomatischer Tarnung handelnder Nachrichtendienstoffiziere ist letztes Jahr nicht zurückgegangen – identifizierte oder verdächtige Angehörige eines russischen Diensts stellen gegen ein Drittel des derzeit akkreditierten Personals offizieller russischer Vertretungen. Hinzu kommen Informanten, Quellen, Offiziere unter nichtoffizieller Tarnung und solche, die nur kurz für einen Auftrag in die Schweiz reisen.

Nach Russland stellen die Spionageaktivitäten Chinas ebenfalls eine bedeutende Bedrohung für die Schweiz dar. Aktivitäten chinesischer Nachrichtendienste zeigen sich nicht nur in der Stationierung von Nachrichtendienstoffizieren unter diplomatischer Tarnung, sondern auch und besonders unter nichtoffizieller Tarnung. Dies betrifft Offiziere, die als Forscher, Studenten, Touristen oder Geschäftsleute auftreten. Für China ist Spionage ein wichtiges Element für die innere Stabilität, wirtschaftliches Wachstum und die Entwicklung seiner Verteidigungsfähigkeit.

Türkische und iranische Nachrichtendienste sind ebenfalls in der Schweiz präsent, allerdings mit bescheideneren Mitteln, namentlich mit diplomatisch getarntem Personal. In der Schweiz verfolgen sie als Ziel hauptsächlich die Kontrolle ihrer Diasporagemeinschaft und politischer Opponenten.



Die Broschüre zur Präventions- und Sensibilisierungskampagne „Prophylax“ ist im Internet verfügbar.

www.vbs.admin.ch (Weitere Themen / Nachrichtenbeschaffung / Wirtschaftsspionage)

Was erwartet der NDB?

Verbotener Nachrichtendienst: Eine bleibende Herausforderung

Auch in Zukunft wird Spionage ein bevorzugtes Mittel staatlicher wie nichtstaatlicher Akteure bleiben. Spionage bleibt wie Proliferation ein langfristiges Phänomen. Mehrere Gründe erklären die fortwährende, wenn nicht zunehmende Bedeutung dieses Instruments. Zum einen bestimmt Machtpolitik, wie sie zum Beispiel Staaten wie die USA, Russland, China, die Türkei, Iran, Indien, Pakistan und Israel betreiben, derzeit die geopolitische Lage. Zum anderen werden die offensiven Cybermittel kontinuierlich weiterentwickelt, und die Digitalisierung schafft neue Möglichkeiten, sensible Informationen zu beschaffen oder Informationssysteme zu sabotieren. Schliesslich verschärft sich das Rennen um neue Technologien in einer globalisierten Wirtschaft, die technologischen Fortschritt zur Voraussetzung von Markteroberung macht.

In den vergangenen Jahren wurde somit die Rolle der Nachrichtendienste in der Aussen- und Sicherheitspolitik verschiedener Staaten immer wichtiger. Die Dienste profitieren generell vom Vertrauen ihrer Regierung, die ihrerseits von der Unterstützung der Dienste abhängt, um die eigene Autorität aufrechtzuerhalten. Im Kontext zunehmender wirtschaftlicher und politischer Konkurrenz investieren bestimmte Staaten beträchtliche Mittel in die Verstärkung ihrer nachrichtendienstlichen Kapazitäten.

Konsequenzen für die Schweiz

Die Motive und Interessen ausländischer Akteure im Bereich Spionage dürften in den nächsten Jahren unverändert bleiben. Diplomatinnen und Diplomaten, Angehörige von Sicherheitsorganen, der Armee sowie von Kantons- und Bundesbehörden, Journalistinnen und Journalisten, Forscherinnen und Forscher sowie Unternehmerinnen und Unternehmer mit Zugang zu sensiblen Informationen, zudem exponierte Personen bestimmter Diasporagemeinschaften bleiben Ziel der Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste. Der NDB hat keine Hinweise für einen Rückgang dieser Aktivitäten. Gleichermassen dürfte sich der 2019 beobachtete Anstieg von Cyberangriffen staatlicher Provenienz in naher Zukunft fortsetzen.

Die mit Spionage gewonnenen Informationen werden zum Schaden der Souveränität der Schweiz verwendet, indem zum Beispiel politische oder wirtschaftliche Entscheidprozesse gestört und damit Institutionen oder Unternehmen geschwächt werden. Zudem beschränken sich gewisse ausländische Nachrichtendienste nicht auf Informationsbeschaffung. Die Schweiz ist nicht vor aggressiveren Massnahmen gegen ihre Interessen oder gegen die Interessen von Drittstaaten oder Privatpersonen und Unternehmen auf ihrem Territorium gefeit.

Diasporagemeinschaften und Oppositionelle im Fokus ausländischer Nachrichtendienste

Gewisse Regierungen stützen sich zum Schutz der eigenen Interessen und zur Erhaltung ihrer Macht auf ihre Nachrichtendienste – in der Heimat wie im Ausland. Sie setzen deshalb ihre Spionageinstrumente auch gegen ihre Landsleute in Europa ein. Regimekritiker, Oppositionsmitglieder sowie ethnische oder religiöse Minderheiten sind besonders im Visier, falls sie vom im Herkunftsstaat herrschenden Regime als Bedrohung angesehen werden. Sie werden überwacht, in gewissen Fällen bedroht, erpresst oder anderswie eingeschüchtert. Dies kann bis zur Anwendung physischer Gewalt gehen und widerspricht vom Rechtsstaat geschützten Freiheits- und Grundrechten wie der Meinungsäusserungsfreiheit. Zudem setzen um ihren Machterhalt besorgte Regimes im Ausland Beeinflussungsoperationen ein, um die Einstellung ihrer Diasporagemeinschaft zu manipulieren. Die Aktivitäten der Nachrichtendienste können Spannungen in den Diasporagemeinschaften erzeugen, die denselben ethnischen, politischen und religiösen Bruchstellen wie im Herkunftsland folgen.

Die Kontrolle der Diasporagemeinschaften erfolgt über die Anwerbung von Quellen und Informanten: Diese überwachen Angehörige der Diasporagemeinschaft, der sie oft selbst angehören. Sie handeln aus Überzeugung, Furcht oder Eigeninteresse. Die Nachrichtendienste spornen sie finanziell oder mit anderen Mitteln an, zum Beispiel mit medizinischen Leistungen oder mit einer Anstellung. Nachrichtendienste verfügen ausserdem über Druckmittel, darunter die Bedrohung von in der Heimat verbliebenen Verwandten, die auch ein Hebel ist, um das Benehmen der Diasporaangehörigen zu steuern. Zudem stützen sich Nachrichtendienste in gewissen Diasporagemeinschaften auf regimenahe Kreise wie kulturelle oder religiöse Vereine. Schliesslich stellt der NDB auch regelmässig fest, dass Agenten mit Asylgesuch eingeschleust werden oder dass Asylbewerber rekrutiert werden.

Der Putschversuch gegen den türkischen Präsidenten Erdogan im August 2016 hat die Repression gegen Regimegegner verschärft. Die türkischen Nachrichtendienste haben seither auch in der Schweiz ihre Aktivitäten zu ihren Landsleuten intensiviert und setzen wahrscheinlich ihre Bemühungen um Infiltration der türkischen Gemeinschaft – insbesondere der kurdischen Minderheit, der Gülen- und der linksextremen Bewegung – fort. Die chinesischen Dienste interessieren sich für in der Schweiz anwesende Uiguren und Tibeter, einschliesslich deren Organisationen. Was Iran angeht, so werden hauptsächlich die im Ausland lebenden Regimegegner überwacht – angesichts der wachsenden internationalen Spannungen und

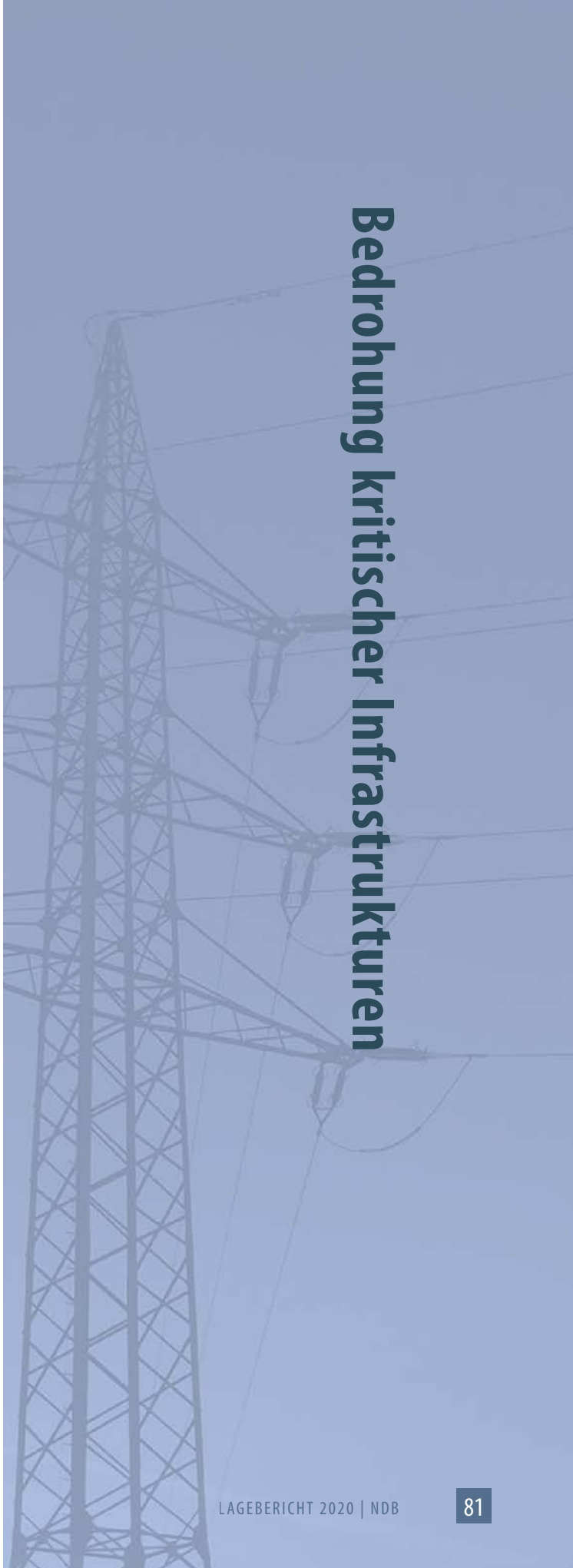
der Unzufriedenheit der Iraner mit ihrer Regierung wohl mit steigender Tendenz. In den vergangenen Jahren haben iranische Dienste zudem nicht gezögert, scharf vorzugehen. So werden sie stark verdächtigt, 2015 und 2017 in den Niederlanden zwei Attentate auf Oppositionelle verübt zu haben. Ausserdem konnten 2018 die Behörden in Frankreich und in Dänemark Anschläge auf iranische Oppositionelle verhindern. Die beiden Staaten schreiben die Versuche Iran zu. Iran ist auch nicht vor Gewaltanwendung auf Schweizer Boden zurückgeschreckt: 1990 wurde der iranische Oppositionelle Kazem Rajavi von einem iranischen Kommando im Kanton Waadt ermordet. Wie dieser Fall zeigt, können Nachrichtendienste auch die Schweiz für gewaltsame Aktionen nutzen. Russland wiederum klärt im Ausland unter anderem die tschetschenische Diasporagemeinschaft und in westliche Staaten übergelaufene Nachrichtendienstoffiziere auf. Die zuständigen Nachrichtendienste und Sicherheitsorgane der Tschetschenischen Republik schrecken nicht davor zurück, in Ungnade gefallene Exponenten gezielt zu töten. In Einzelfällen – wie zum Beispiel bei der versuchten Ermordung des russischen Staatsbürgers Sergej Skripal in Grossbritanien im März 2018 – setzen die russischen Dienste auch hochtoxische Substanzen ein, die das Potenzial haben, weitreichende Kollateralschäden zu verursachen. Ähnliche Aktionen bleiben in Zukunft auch in der Schweiz eine reale Möglichkeit.

Kurzfilm „Im Visier“ zum Thema „Wirtschaftsspionage in der Schweiz“

Im Internet unter:

www.vbs.admin.ch (Weitere Themen / Nachrichtenbeschaffung / Wirtschaftsspionage)

Bedrohung kritischer Infrastrukturen



Was sieht der NDB?

Cyberbedrohungslage

Der NDB beobachtet einen deutlichen Anstieg von Cyberangriffen auf Schweizer Interessen im In- und Ausland. So werden finanziell motivierte Angriffe Krimineller auf die internen Systeme einzelner Finanzinstitute registriert. Schweizer Unternehmen werden Ziel von Cyberangriffen oder Cyberoperationen, die der Wirtschaftsspionage dienen und von staatlichen Akteuren begangen oder von einem Staat unterstützt werden. Davon betroffen sind auch Betreiber kritischer Infrastrukturen. Cyberspione stehlen üblicherweise Fabrikationsgeheimnisse, Patente sowie Informationen zu geplanten Fusionen, Übernahmen, Marktdurchdringung oder Investitionen. Spionage kann den Schweizer Finanz- und Forschungsplatz negativ beeinflussen. Für die kritischen Infrastrukturen sind allerdings die möglichen Konsequenzen eines Cybersabotageangriffs die grösste Sorge, denn solche Angriffe können massive physische Schäden verursachen und gravierende Auswirkungen auf die Bevölkerung haben.

Bis heute hat der NDB zwar Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur in der Schweiz festgestellt, aber hierzulande noch keinen Fall von Cybersabotage an einer kritischen Infrastruktur. Im Ausland wurden solche Angriffe zu Sabotagezwecken jedoch bereits einige Male beobachtet. Sie erfolgten mehrheitlich von staatlichen Stellen im Rahmen teils auch bewaffneter Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie in Osteuropa.

Die Cyberbedrohung, die die kritischen Infrastrukturen in der Schweiz derzeit hauptsächlich beschäftigt, ist Verschlüsselungsschadsoftware. Damit werden Daten unleserlich gemacht, um vom Besitzer, zum Beispiel einem Unternehmen, Geld zu erpressen. Eine solche Infektion kann gravierende Auswirkungen haben oder gar die Kernprozesse eines Unternehmens bedrohen. Eingesetzt wurde Verschlüsselungsschadsoftware bisher hauptsächlich aus monetären Motiven. Sabotage war nicht das Ziel, wohl aber die Folge.

Anstieg der Angriffe mit Verschlüsselungsschadsoftware

Weltweit ist eine Zunahme der Angriffe mit Verschlüsselungsschadsoftware zu beobachten. Die Summen, die gefordert werden, damit die Verschlüsselung rückgängig gemacht wird beziehungsweise rückgängig gemacht werden kann, werden immer höher. International werden nicht nur Unternehmen, sondern häufig Infrastruktur im Verwaltungs- und Gesundheitssektor angegriffen. Im Gesundheitssektor kann es um Menschenleben gehen, weshalb es hier noch wichtiger ist als in anderen Branchen, dass die Daten verfügbar sind. Zudem erweist es sich als schwierig, bei Totalverlust diese Daten erneut zu erheben. Angriffe mit Verschlüsselungsschadsoftware im Zug

der Covid-19-Pandemie haben diese schon zuvor gültigen Aussagen nochmals deutlich bekräftigt: So mussten in der Tschechischen Republik am 12. März 2020 wegen eines Cyberangriffs auf ein Spital Patienten in ein anderes Krankenhaus verlegt und Operationstermine verschoben werden. Ähnliche Ereignisse sind aus den USA und Frankreich zu vermelden, während es in der Schweiz bei Versuchen blieb, weil die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen die eingesetzten Phishingmails als solche erkannten und entsprechende Massnahmen ergriffen werden konnten.

Verschiedene Familien von Erpressungssoftware werden in der Schweiz eingesetzt. Dieser Einsatz erfolgt sowohl gezielt als auch bei sich bietender Gelegenheit. So wurde, schon kurz bevor der Bundesrat die ausserordentliche Lage gemäss Epidemiegesetz feststellte, versucht, eine den Fernzugriff auf Computer ermöglichende Software zu verbreiten. Die Verbreitung sollte über ein gefälschtes Schreiben des Bundesamts für Gesundheit erfolgen. Neben natürlichen Personen wurden auch Schweizer Unternehmen, Organisationen und Verwaltungseinrichtungen angegriffen. Besonders betroffen ist der Industriesektor, aber auch in den Bereichen Logistik, Dienstleistung und Bau sind dem NDB Opfer bekannt geworden.

Etappiertes Vorgehen bei Cyberangriffen

Seit 2018 verstärkt sich die Tendenz, bei Angriffen etappiert vorzugehen. Es beginnt üblicherweise mit einer opportunistischen Erstinfektion und endet im Fall eines ausreichend attraktiven Opfers mit einem gezielten Angriff mit Verschlüsselungsschadsoftware. Die Kampagnen erfolgen also nur teilweise gezielt. Insbesondere die Infektion mit der Schadsoftware Ryuk wurde mehrmals als letzte Etappe eines zwei- oder dreistufigen Angriffs beobachtet, der mit einer Infektion mit der Schadsoftware Emotet begonnen hatte. Emotet war ursprünglich als Trojaner im Bereich E-Banking bekannt, wird heute jedoch vor allem dazu verwendet, Spammails zu versenden und Verschlüsselungsschadsoftware nachzuladen. In einigen Fällen wird dazwischen die Schadsoftware Trickbot zur Ausbreitung im Netzwerk und Auskundschaftung des Erpressungspotenzials eingesetzt.

Der prinzipielle Vorteil solch teilweise zielgerichteter Angriffe besteht darin, dass auch die Zugriffsrechte des Unternehmens beschafft werden können, die zur Löschung oder Verschlüsselung des Backups notwendig sind. Erst nach Verschlüsselung des Backups werden dann die operativen Systeme unbrauchbar gemacht, sodass sich das Opfer in einer existenzbedrohenden Lage befindet. Es sieht sich dementsprechend gezwungen zu zahlen. Fälle von verschlüsselten Backups wurden auch in der Schweiz festgestellt.

Die Erstinfektion kann auch über kompromittierte Webseiten erfolgen. Wird eine kompromittierte Webseite besucht, wird der Computer mit einer Schadsoftware infiziert, die später möglicherweise Verschlüsselungsschadsoftware nachladen wird. Angriffe mit Erpressungssoftware stellen für Unternehmen und Organisationen eine Bedrohung dar. Wer ihr zum Opfer fällt, braucht Zeit, Personal und Geld, um die Systeme zu bereinigen und verlorene Daten wiederherzustellen. Der Angriff kann zudem den Ruf eines Unternehmens schädigen oder für gewisse Zeit einen Produktivitätsverlust nach sich ziehen. Zusätzlich zu den Produktionsausfällen können erhebliche finanzielle Folgen entstehen. So wurden Ende Juli 2019 die Umsatzverluste eines Angriffs mit Erpressungssoftware vom betroffenen Gebäudetechnikspezialisten auf rund fünf Millionen Franken beziffert.

Bedrohung nicht nur virtuell

Die Bedrohung kritischer Infrastrukturen ist nicht auf Cyberangriffe beschränkt. Der Sabotageakt auf einen Hochspannungsmast bei Gland VD vom Juni 2020 verdeutlicht dies. Die Motivation für diesen Anschlag ist weiterhin unklar. Aktuell ist zudem hervorzuheben, dass auch in der Schweiz die 5G-Infrastruktur angegriffen werden könnte, wie dies in anderen europäischen Staaten schon geschehen ist. Die Anschläge in Europa auf die 5G-Infrastruktur standen unter anderem im Zusammenhang mit der angeblichen Verbreitung von Covid-19 durch 5G-Strahlung.

Der Halbjahresbericht von Melani ist im Internet verfügbar

www.melani.admin.ch (Dokumentation / Lageberichte)

Was erwartet der NDB?

Cybersabotage

Die Cyberbedrohung für die Schweiz und ihre kritischen Infrastrukturen wird fortbestehen. Der NDB hat aber keine konkreten Hinweise darauf, dass Schweizer kritische Infrastrukturen Ziel von Cybersabotage werden sollen. Es ist zudem zurzeit wenig wahrscheinlich, dass Schweizer kritische Infrastruktur ein direktes Opfer wird, weil Cybersabotage vor allem gegnerischen Staaten in Konfliktsituationen zur gegenseitigen Abschreckung dient.

Sabotageaktionen sind regional, politisch und militärisch fokussierte Operationen. Nichtsdestotrotz können Schweizer Organisationen Opfer werden, wenn sie eine Beziehung zu einem Ziel einer Cybersabotagekampagne im Ausland pflegen. Die Täterschaft kann bei ihnen Kollateralschäden in Kauf nehmen, oder sie können als Eintrittstor in das Netzwerk des Opfers dienen. Dies gilt nicht nur, aber auch für kritische Infrastrukturen. Auch in anderer Hinsicht kann Schweizer Infrastruktur Mittel zum Zweck werden: So werden Systeme infiziert, um als Kommunikationsschnittstelle zu fungieren, die Befehle eines Angreifers entgegennimmt, um dann über die eigene Adresse eine Verbindung zum Angriffsziel oder einer weiteren Schnittstelle aufzubauen. Schliesslich können Kollateralschäden entstehen, wenn sich absichtlich und gezielt eingesetzte Cyberangriffswerkzeuge unkontrolliert weiterverbreiten. So wird davon ausgegangen, dass die Schadsoftware Not Petya 2017 gegen ukrainische Unternehmen eingesetzt wurde, sich aber über die ukrainischen Ableger multinationaler Unternehmen global ausbreitete. Die Schadsoftware war mit der Fähigkeit versehen, sich selbstständig in Netzwerken auszubreiten. Sie richtete immensen Schaden an; auch in der Schweiz gab es Opfer. Dass Terrorgruppierungen solche Angriffe durchführen, bleibt unwahrscheinlich.

Cyberangriffe

Wie Cybersabotage ein Resultat in Konflikten sein kann, können sich Cyberangreifer globale Ereignisse zunutze machen. Die Pandemie thematisierend, wurden nach deren Ausbruch diverse Cyberviren in Umlauf gebracht, zum Beispiel auch Erpressungssoftware. Weil der Einsatz von Erpressungssoftware eine lohnende Vorgehensweise darstellt, ist ein weiterer Anstieg solcher Cyberangriffe auf Unternehmen zu erwarten. Weltweit sind viele Opfer den Geldforderungen der Erpresser nachgekommen. Aber auch wenn es aus Sicht des einzelnen Opfers oder der hinter dem Opfer stehenden Versicherung kostengünstiger erscheint, einmal zu bezahlen, ist es wichtig, dass die Betroffenen dies nicht tun. Denn Kriminelle werden dieses Geschäftsmodell solange weiterverfolgen, wie es sich lohnt. Eine Zahlung unterstützt

demnach direkt weitere Angriffe. Es gibt zudem keine Gewähr, dass nach Bezahlung die Daten tatsächlich entschlüsselt werden. Gewiss jedoch ist, dass gerade im Cyberraum Angriffe krimineller Gruppierungen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft haben können, die weiterreichen als Angriffe in der physischen Welt.

Weiter ist nicht auszuschliessen, dass ein opportunistischer Einsatz von Erpressungsschadsoftware gegen schlecht geschützte Systeme bei den kritischen Infrastrukturen weiterreichende Folgen hat, obwohl dies nicht die eigentliche Absicht des Angreifers war. Als Beispiel kann die weltweit verbreitete Verschlüsselungsschadsoftware Wanna Cry dienen, mit der ungezielt via Internet angreifbare und verwundbare Systeme infiziert wurden. Der Angriff galt kritischen Infrastrukturen in verschiedenen Staaten; die Schweiz blieb weitgehend verschont. Ein zukünftiger Angriff könnte aber auch Schweizer Betreiber treffen, wenn Sicherheitsmassnahmen nicht rechtzeitig implementiert werden.

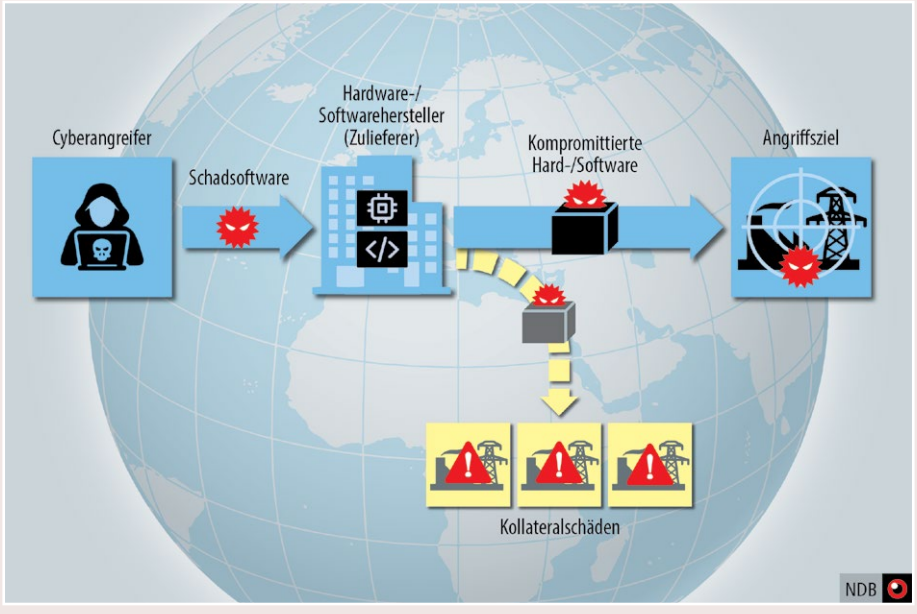
Kurz- bis mittelfristig sind weitere direkte Angriffe kriminellen Ursprungs auf den Werkplatz Schweiz zu erwarten, ebenso wie Angriffe staatlicher Akteure, die aus monetärem Interesse erfolgen oder der Spionage gegen politische und wirtschaftliche Ziele dienen. Staatliche Cyberspionageangriffe können aussenpolitisch destabilisierend wirken. In der Schweiz sind zum Beispiel die Behörden, die Armee, das internationale Genf beziehungsweise Diplomatinnen und Diplomaten anderer Staaten, der Finanz- und Werkplatz, der Technologiesektor, die Life-Science-Industrie oder Sportorganisationen mögliche Ziele.

Risiken in der Zulieferkette

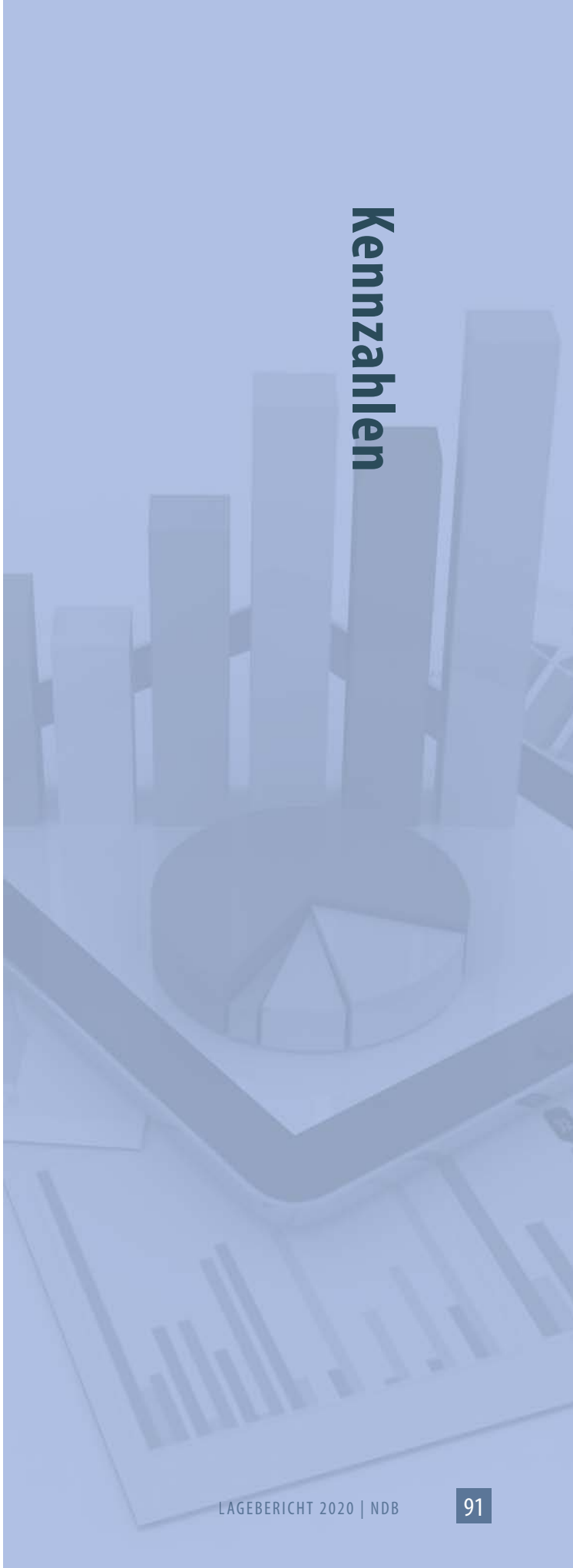
Kritische Infrastrukturen können in Rahmen regionaler Konflikte vermehrt zum Angriffsziel werden. Dabei werden speziell die Zulieferkette und die Geschäftspartner zum Ziel. So forschen Akteure die Zulieferer der Betreiber kritischer Infrastrukturen in Konfliktgebieten aus und evaluieren die Möglichkeiten, sich auf diesem Weg in eine gute Position zur Störung des eigentlichen Ziels zu bringen. Organisationen, die mit Angriffszielen in Konfliktzonen in Kontakt stehen, können somit als Mittel zum Zweck für einen Cyberangriff genutzt beziehungsweise davon in Mitleidenschaft gezogen werden.

Neben der Bedrohung der Zulieferkette durch Angriffe stellen auch politische Entwicklungen die Betreiber kritischer Infrastrukturen vor Herausforderungen im Umgang mit und bei der Gewinnung von Lieferanten. Die Entwicklung im internationalen Umfeld, etwa der Handelskrieg zwischen den USA und China, birgt das Risiko, dass Einschränkungen und Sanktionen im Cyberbereich die globale Lieferkette empfindlich stören, auch mit entsprechenden Konsequenzen für die Schweiz.

Angriff über die Zulieferkette



Kennzahlen



Struktur, Personal und Finanzen

Mit Stand Ende 2019 beschäftigte der NDB 373 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit insgesamt 343 Vollzeitäquivalenten. Das Geschlechterverhältnis betrug rund 40 Prozent zu 60 Prozent. Der NDB legt besonderen Wert auf Familienfreundlichkeit. Er ist 2016 als eines der ersten Bundesämter als besonders familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert worden. Nach Erstsprachen aufgeschlüsselt waren knapp drei Viertel deutsch-, gut ein Fünftel französisch-, rund fünf Prozent italienisch- und etwas mehr als ein Prozent romanischsprachig.

Die Aufwendungen der Kantone für ihre Nachrichtendienste wurden mit 12,4 Millionen Franken abgegolten, der Personalaufwand betrug 57’879’485 Franken, der Sach- und Betriebsaufwand 19’861’778 Franken.

Internationale Kooperation

Der NDB arbeitet mit ausländischen Behörden zusammen, die Aufgaben im Sinn des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) erfüllen. Der NDB vertrat hierzu die Schweiz unter anderem in internationalen Gremien. Im Einzelnen pflegte der NDB den Nachrichtenaustausch mit über hundert Partnerdiensten verschiedener Staaten und mit internationalen Organisationen, etwa mit den zuständigen Stellen bei der UNO und mit Institutionen und Einrichtungen der EU, die sich mit sicherheitspolitischen Fragen befassen. Der NDB erhält derzeit pro Jahr rund 12’500 Meldungen von ausländischen Partnerdiensten. An ausländische Partnerdienste gehen derzeit seitens NDB jährlich rund 6000 Meldungen.

Informations- und Speichersysteme

2019 gingen insgesamt 847 Auskunftsgesuche gestützt auf Artikel 63 NDG und Artikel 8 Datenschutzgesetz ein. In 20 Fällen informierte der NDB die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller unter Vorbehalt von Geheimhaltungsinteressen und des Schutzes Dritter darüber, ob und falls ja, welche Daten er über sie bearbeitet hatte. In den Fällen, in denen er tatsächlich Daten über die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller bearbeitet hatte, erteilte er unter Vorbehalt des Schutzes Dritter vollständig Auskunft.

In 400 Fällen wurde die Auskunft gemäss den gesetzlichen Bestimmungen aufgeschoben. In 12 Fällen wurden die formellen Voraussetzungen (wie zum Beispiel das Erbringen des Identitätsausweises) für die Bearbeitung eines Gesuches trotz Mahnung nicht erfüllt und die Gesuche konnten daher nicht bearbeitet werden. 415 Auskunftsbegehren waren Ende 2019 noch unbeantwortet.

2019 gingen beim NDB auch sieben Zugangsgesuche aufgrund des Öffentlichkeitsgesetzes ein.

Lagebeurteilungen

Der NDB legt jährlich seinen Lagebericht „Sicherheit Schweiz" vor. Dieser enthält den Lageradar, der in seiner klassifizierten Form der Kerngruppe Sicherheit monatlich zur Beurteilung der Bedrohungslage und zur Setzung von Schwerpunkten dient. Empfänger der Lagebeurteilungen des NDB waren der Bundesrat, daneben weitere politische Entscheidträger und zuständige Stellen in Bund und Kantonen, militärische Entscheidträger sowie die Strafverfolgungsbehörden. Diese werden auf Bestellung oder aus eigenem Antrieb des NDB, periodisch oder spontan beziehungsweise termingebunden mit strategischen Berichten aus allen Bereichen des NDG und des klassifizierten Grundauftrags des NDB bedient, sei dies in schriftlicher oder mündlicher Form. So unterstützte der NDB auch 2019 die Kantone mit einem von seinem Bundeslagezentrum geführten Nachrichtenverbund (World Economic Forum Davos).

Berichte zur Verwendung in Straf- und Verwaltungsverfahren

Neben den erwähnten, vorwiegend strategisch angelegten Berichten übergibt der NDB Informationen in unklassifizierter Form an zuständige Behörden für die Verwendung in Straf- oder Verwaltungsverfahren. So stellte er 2019 der Bundesanwaltschaft 24, anderen Bundesbehörden wie dem Bundesamt für Polizei, dem Staatsekretariat für Migration oder dem Staatsekretariat für Wirtschaft 19 sowie kantonalen Behörden 2 Amtsberichte (ohne Nachträge zu bereits bestehenden Amtsberichten) zu. Davon betrafen 31 Berichte den Bereich Terrorismus, je 3 die Bereiche verbotener Nachrichtendienst beziehungsweise Proliferation, 4 den Bereich Cyber, 2 den Bereich Gewaltextremismus, und 2 weitere waren keinem dieser Themen ausschliesslich zuzuordnen.

Massnahmen

Terrorismusabwehr | Zahlen im Zusammenhang mit der Terrorismusabwehr – Risikopersonen, dschihadistisch motivierte Reisende, Dschihadmonitoring – publiziert der NDB periodisch auf seiner Webseite.

www.vbs.admin.ch (Weitere Themen / Nachrichtenbeschaffung / Terrorismus)

Präventions- und Sensibilisierungsprogramm Prophylax | 2019 setzte der NDB zusammen mit den Kantonen seine Präventions- und Sensibilisierungsprogramme Prophylax beziehungsweise im Bereich Hochschulen Technopol zur Sensibilisierung in Bezug auf illegale Aktivitäten in den Bereichen der Spionage sowie der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen fort. Der NDB und die kantonalen Nachrichtendienste sprachen zum einen Unternehmen und zum andern Hochschulen und Forschungsinstitute sowie Bundesämter an. 2019 wurden im Rahmen von Prophylax 54 und im Rahmen von Technopol 5 Ansprachen durchgeführt. Des Weiteren fanden 19 Sensibilisierungen in den Bereichen Spionage und Nonproliferation statt. Flankiert wird das Programm neu durch eine im Auftrag des NDB verfasste Studie des Instituts für Strafrecht und Kriminologie der Universität Bern zum Thema „Wirtschaftsspionage". Die im Januar 2020 veröffentlichte Studie schliesst eine Wissenslücke bezüglich Fallzahlen, Täterschaft und Schaden. Die Erkenntnisse der Untersuchung werden es dem NDB künftig erlauben, das Programm Prophylax besser auf die Bedürfnisse der Schweizer Forschungs- und Unternehmenslandschaft auszurichten und diese effizienter zu schützen.
www.vbs.admin.ch (Weitere Themen / Nachrichtenbeschaffung / Wirtschaftsspionage)

Kooperation zum Schutz kritischer Infrastrukturen | Melani ist ein Kooperationsmodell zwischen dem Informatiksteuerungsorgan Bund (ISB) im Eidgenössischen Finanzdepartement und dem NDB. Die strategische Leitung sowie das technische Kompetenzzentrum von Melani sind beim ISB, die operativen, nachrichtendienstlichen Einheiten von Melani sind beim NDB angesiedelt. Melani hat den Auftrag, die kritischen Infrastrukturen der Schweiz subsidiär in ihrem Informationssicherungsprozess zu unterstützen, um präventiv – und bei IT-Vorfällen koordinierend – das Funktionieren der Informationsinfrastrukturen der Schweiz zusammen mit den Unternehmen zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeiteten im Berichtsjahr Melani und die Betreiber von mittlerweile 315 kritischen Infrastrukturen der Schweiz in einer sogenannten Public Private Partnership auf freiwilliger Basis zusammen. Melani publizierte zwei Halbjahresberichte zur Lage im Bereich Informationssicherung für die Öffentlichkeit, 123 Hinweise und Berichte für die Betreiber kritischer Infrastrukturen, 9 Fachberichte für den Bundesrat und die Partner im Nachrichtenverbund des NDB, 9 öffentliche Newsletter und Blogeinträge und bearbeitete rund 12'000 Hinweise und Anfragen aus der Bevölkerung. Über das Portal antiphishing.ch gingen Meldungen aus der Bevölkerung zu über 6500 Phishingseiten ein.
www.antiphishing.ch

Genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen | Bei Fällen mit besonders grossem Bedrohungspotenzial in den Bereichen Terrorismus, verbotener Nachrichtendienst, Proliferation, Angriffe auf kritische Infrastrukturen oder Wahrung weiterer wichtiger Landesinteressen nach Artikel 3 NDG kann der NDB genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen einsetzen. Diese sind in Artikel 26 NDG geregelt. Sie müssen jeweils vom Bundesverwaltungsgericht genehmigt und von der Vorsteherin des VBS nach Konsultation des Vorstehers des EDA und der Vorsteherin des EJPD freigegeben werden. Sie unterstehen einer engen Kontrolle durch die unabhängige Aufsichtsbehörde über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten und die Geschäftsprüfungsdelegation.

Genehmigte und freigegebene Massnahmen

Aufgabengebiet (Art. 6 NDG)	*Operationen*	*Massnahmen*
Terrorismus	3	24
Verbotener Nachrichtendienst	1	15
NBC-Proliferation	1	8
Angriffe auf kritische Infrastrukturen	0	0
Total	**5**	**47**

Von den Massnahmen betroffene Personen

Kategorie	*Anzahl*
Zielpersonen	5
Drittpersonen (laut Artikel 28 NDG)	3
Unbekannte Personen (zum Beispiel nur Telefonnummer bekannt)	2
Total	**10**

Kabelaufklärung | Mit dem Nachrichtendienstgesetz hat der NDB ebenfalls die Möglichkeit erhalten, zur Beschaffung von Informationen über sicherheitspolitisch bedeutsame Vorgänge im Ausland Kabelaufklärung zu betreiben (Artikel 39 ff. NDG). Da die Kabelaufklärung der Informationsbeschaffung über das Ausland dient, ist sie nicht als genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahme im Inland konzipiert. Die Kabelaufklärung kann aber nur mit der Verpflichtung schweizeri-

scher Betreiberinnen von leitungsgebundenen Netzen und Anbieterinnen von Telekommunikationsdienstleistungen durchgeführt werden, die entsprechenden Signale an das Zentrum für Elektronische Operationen der Schweizer Armee weiterzuleiten. Deshalb sieht das NDG in Artikel 40 f. für die Anordnungen an die Betreiberinnen beziehungsweise die Anbieterinnen ein Genehmigungs- und Freigabeverfahren analog demjenigen für genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen vor. 2019 waren zwei Kabelaufklärungsaufträge in Bearbeitung.

Funkaufklärung | Auch die Funkaufklärung ist auf das Ausland ausgerichtet (Artikel 38 NDG), was bedeutet, dass sie nur Funksysteme, die sich im Ausland befinden, erfassen darf. In der Praxis betrifft dies vor allem Telekommunikationssatelliten und Kurzwellensender. Im Gegensatz zur Kabelaufklärung ist die Funkaufklärung genehmigungsfrei, weil bei der Funkaufklärung keine Verpflichtung von Anbieterinnen von Telekommunikationsdienstleistungen zum Erfassen von Signalen notwendig ist. 2019 waren 32 Funkaufklärungsaufträge in Bearbeitung.

Überprüfungen im Bereich Ausländerdienst und Anträge auf Einreiseverbot | 2019 prüfte der NDB 5746 Gesuche im Bereich Ausländerdienst auf eine Bedrohung der inneren Sicherheit (Akkreditierung von Diplomatinnen und Diplomaten sowie internationalen Funktionärinnen und Funktionären oder Visumsgesuche und Gesuche um Stellenantritt und Aufenthaltsbewilligung im ausländerrechtlichen Bereich). In 1 Fall empfahl der NDB die Ablehnung eines Gesuchs um Akkreditierung, in 3 die Visumsverweigerung. Im Weiteren überprüfte der NDB 1196 Asyldossiers auf eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Schweiz. In 25 Fällen wies er auf ein Sicherheitsrisiko hin. Von den 40’848 Einbürgerungsgesuchen, die der NDB nach Massgaben des NDG überprüfte, empfahl er in 3 Fällen die Ablehnung der Einbürgerung beziehungsweise machte er Sicherheitsbedenken geltend. Im Rahmen des Schengen-Visakonsultationsverfahrens Vision überprüfte der NDB 900’880 Datensätze auf eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Schweiz. Er empfahl bei 4 Visumsgesuchen die Ablehnung. Daneben überprüfte der NDB die API-Daten (Advance Passenger Information) von 1’748’930 Personen auf 10’824 Flügen. API-Daten, die keine Treffer mit den beim NDB vorhandenen Daten ergeben, löscht der NDB nach einer Bearbeitungsfrist von 96 Stunden. Ferner beantragte der NDB beim Bundesamt für Polizei, 194 Einreiseverbote (122 wurden verfügt, 72 waren bei Jahresende noch in Bearbeitung) und 4 Ausweisungen (2 wurden verfügt, 2 waren bei Jahresende noch in Bearbeitung) zu verfügen.

Personensicherheitsprüfungen | Für die nationale Fachstelle für Personensicherheitsprüfungen des Informations- und Objektschutzes im VBS und die Bundeskanzlei führte der NDB im Rahmen von Personensicherheitsprüfungen 1262 Auslandabklärungen und 99 vertiefte Abklärungen von Personen durch, die in den Informations- und Speichersystemen des NDB verzeichnet sind.

Abkürzungsverzeichnis

AKP	Partei für Gerechtigkeit und Arbeit
API	Advance Passenger Information
CoCom	Koordinationsausschuss für den Ost-West-Handel
Comint	Communications Intelligence
EU	Europäische Union
Humint	Human Intelligence
INF-Vertrag	Intermediate Range Nuclear Forces Treaty
ISB	Informatiksteuerungsorgan Bund
Nato	North Atlantic Treaty Organisation
NDG	Nachrichtendienstgesetz
Osint	Open Source Intelligence
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
RAS	Revolutionärer Aufbau Schweiz
Sigint	Signals Intelligence
USBV	Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung
VSMS	Verordnung über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen
WEF	World Economic Forum

Redaktion
Nachrichtendienst des Bundes NDB

Redaktionsschluss
August/September 2020

Kontaktadresse
Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern
E-Mail: info@ndb.admin.ch
www.ndb.admin.ch

Vertrieb
BBL, Verkauf Bundespublikationen,
CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-Nr. 503.001.20d
ISSN 1664-4670

Copyright
Nachrichtendienst des Bundes NDB, 2020

SICHERHEIT SCHWEIZ
Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern
www.ndb.admin.ch / info@ndb.admin.ch